

LTW 3neu LTW-Programm - GERECHT

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 1. Landtagswahlprogramm

2. GERECHT

Teilhabe und Gerechtigkeit / Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, wollen wir allen Menschen echte Chancen geben

Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land stärken. Unser Ziel ist es, Teilhabe und Selbstbestimmung zu verwirklichen. Chancengleichheit für alle ist die Grundlage unserer Sozialpolitik für alle Generationen. Wir treten dafür ein, dass kein Mensch auf Grund von Einkommen, Herkunft, Religion, Geschlecht oder sexueller Identität ausgegrenzt und allein gelassen wird. Grundlage dafür sind starke öffentliche Institutionen. Eine gerechte Gesellschaft, die Teilhabe für alle ermöglicht, ist die Grundlage für den sozialen Frieden.

Familien stärken

Familie ist, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Unsere Wertschätzung und Unterstützung gilt allen partnerschaftlichen Beziehungen, ganz gleich ob Vater-Mutter-Kind, Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht im Zentrum unserer Familienpolitik. Wir setzen uns für eine bessere und verlässliche Kinderbetreuung ein.

Die Situation von Alleinerziehenden werden wir verbessern und die gute Zusammenarbeit mit dem Verband Alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) intensivieren.

Familienzentren ausbauen

Den Ausbau der Familienzentren wollen wir weiter vorantreiben. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Angebot. In Familienzentren erhalten Kinder, Eltern und Familien unkompliziert Unterstützung, Beratung und Förderung. Gemeinsam mit Trägern und Kommunen werden wir diese familienunterstützenden Angebote stärken und sie mit sozialräumlichen Strukturen (z.B. Jugendhilfe, Schule etc.) verbinden und weiterentwickeln, denn: Für die Erziehung eines Kindes braucht es ein ganzes Dorf.

Zeit für die Familie haben

Wir werden uns für familienfreundliche, moderne und flexible Arbeitszeitmodelle und mehr zeitliche Selbstbestimmung für Familien einsetzen und diese Ziele auch im öffentlichen Dienst umsetzen. So können Frauen und Männer ihren Wunsch nach partnerschaftlicher Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit leben, Kinder oder pflegebedürftige Angehörige versorgen.

Kinderrechte stärken – Kinder- und Jugendbeteiligung voranbringen

Wir sprechen uns für eine wachsende politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und ihre frühe Einbindung in demokratische Entscheidungen aus.

Schleswig-Holstein ist Vorreiter bei der Verankerung von Kinder- und Jugendrechten. Doch für die Durchsetzung von Kinder- und Jugendrechten müssen Kinder und

39 Jugendliche diese auch kennen. Wir werden die Förderung von Programmen zu diesem
40 Zweck ausweiten, gerade in sensiblen Bereichen wie der Jugendhilfe. Zudem setzen
41 uns dafür ein, dass Kinder- und Jugendrechte in Schulen stärker thematisiert werden
42 – z.B. im Rahmen von Projektwochen. Wir setzen uns für Chancengleichheit, Teilhabe
43 und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ein und wirken darauf hin, dass die
44 Kommunen im Rahmen des Paragraphen 47f Gemeindeordnung die Beteiligung von Kindern
45 und Jugendlichen umsetzen und neue Beteiligungsmodelle im Alltag der Kinder und
46 Jugendlichen integrieren. Hierfür werden wir eine Informationskampagne mit Best-
47 Practise-Beispielen starten.

48 Wir GRÜNE fordern ein Verbandsklagerecht für Kinder- und Jugendverbände.

49
50 Wir setzen uns auf Bundesebene für die Aufnahme von Kinderrechten in das
51 Grundgesetz ein.

52 **Frühe Hilfen: Kindeswohl und Kinderschutz sichern**

53 Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche gesund und gewaltfrei aufwachsen und die
54 notwendige Förderung erhalten.

55 Wir fördern einen bedarfsgerechten Ausbau der frühen Hilfen, um Kindeswohl und
56 Kindergesundheit zu schützen.

57 Das Netzwerk von Familienhebammen wollen wir wie in Dänemark für die Betreuung im
58 ersten Lebensjahr ausbauen und die wichtige Arbeit des Kinderschutzbundes und der
59 Kinderschutzzentren weiterhin unterstützen.

60 **Kinder- und Jugendhilfe reformieren**

61 In der Kinder- und Jugendhilfe setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen bei der
62 Sozialraumorientierung ein.

63 Für uns ist die Kinder- und Jugendhilfe ein zentrales Unterstützungssystem, das
64 Familien bei der Bewältigung von Krisen und schwierigen Lebenssituationen auf
65 Augenhöhe beratend und unterstützend zur Seite steht.

66 Für Kinder und Jugendliche, die nicht in ihren Herkunftsfamilien aufwachsen können,
67 gehen wir den Aufbau regionaler Ombudsstellen in erreichbarer Nähe an.

68 Wir sehen, dass in Schleswig-Holstein aktuell insbesondere im Bereich der Ehe-,
69 Familien- und Lebensberatung, sowie der Erziehungsberatung ein Generationenwechsel
70 stattfindet, der die bisherige Qualität und Versorgungsdichte gefährdet. Hier
71 werden wir gemeinsam mit Trägern und Kommunen auf einen Erhalt hinwirken und einen
72 Ausbau prüfen. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass vom Landesjugendamt
73 Fortbildungen für diesen Bereich angeboten werden.

74 zum Wohl von Minderjährigen Geflüchteten sowie von Familieine mit Kindern muss es
75 passendere und präventive Konzepte der Jugendhilfe geben. Bei der Gewährung und
76 Ausgestaltung der Hilfen für junge Volljährige müssen die spezifischen
77 Besonderheiten der jungen Geflüchteten stärker berücksichtigt werden.

78 Weltweit steigt die Zahl der so genannten Frühverheiratungen und auch in
79 Deutschland gibt es knapp 1400 im Ausland verheiratete Minderjährige. Der Schutz
80 dieser Minderjährigen und das Kindeswohl stehen für uns im Mittelpunkt. Ehen unter
81 16 Jahren werden in Deutschland zu Recht nicht anerkannt, Ehen unter 18 Jahren nur
82 in Ausnahmefällen. Die Schicksale dieser Kinder und Jugendlichen sind
83 unterschiedlich und bedürfen einer ausgeglichenen Abwägung im Einzelfall. Der Fokus

84 muss dabei auf der individuellen und intensiven Betreuung und Beratung der
85 Minderjährigen liegen.

86 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter müssen sich ausreichend Zeit nehmen können
87 um zuzuhören und sensibel mit den Betroffenen umzugehen. Wir wollen uns dafür
88 einsetzen, dass auch die Jugendämter im Umgang mit dieser Problematik
89 sensibilisiert und geschult und verstärkt Mitarbeiter*innen mit Migrationserfahrung
90 eingestellt werden.

91 **Jugendverbände und Jugendfreiwilligendienst unterstützen**

92 Die Jugendverbände leisten wertvolle Arbeit für alle Jugendlichen. Die Arbeit des
93 Landesjugendringes und die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden wir
94 weiter unterstützen.

95 Das „Freiwillige Soziale Jahr“ ist bei jungen Menschen sehr beliebt und erfährt
96 hohe Akzeptanz. Die Förderung werden wir fortsetzen und prüfen, ob wir die
97 Jugendfreiwilligendienste ausbauen können.

98 **Kinderarmut bekämpfen**

99 Viele Kinder in Schleswig-Holstein wachsen in Armut auf. Wir akzeptieren nicht,
100 wenn Kinder aus finanziellen Gründen von sozialer und kultureller Teilhabe, Sport,
101 Ferienangeboten, Klassenfahrten, Essen in Schulen sowie Kitas ausgeschlossen sind.

102 Unser Ziel ist die Bekämpfung der Kinderarmut. Auf Bundesebene wollen wir eine
103 armutsfeste Kindergrundsicherung einführen.

104 **Soziale Infrastruktur stärken**

105 Unser GRÜNES Gesellschaftsbild ist geprägt von Chancengleichheit, Solidarität und
106 Teilhabegerechtigkeit. Das Fundament für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist
107 eine funktionierende soziale Infrastruktur und die Hilfe in allen Lebenslagen. Wir
108 wollen nicht zulassen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter
109 auseinanderklafft.

110 Besonders Altersarmut und Langzeitarbeitslosigkeit sind sozialer Sprengstoff.
111 Ausreichend hohe Löhne und Gehälter sind die Basis für die Vermeidung von Armut.
112 Zur Bekämpfung der Altersarmut werden wir uns auf Bundesebene für eine armutsfeste
113 Garantierente einsetzen.

114 Die Sanktionen gegenüber Hartz IV-Bezieher*innen sind wirkungslos und
115 diskriminierend. Wir fordern deshalb auf Bundesebene ein Ende der Sanktionen und
116 eine Reform der Grundsicherung. Wir wollen ein Ende der Praxis von Androhung und
117 Bestrafung, die in vielen Job-Centern und Arbeitsagenturen Realität ist und setzen
118 stattdessen auf Motivation, Anerkennung und Beratung. Wir wollen eine Behörde, die
119 sich als Dienstleisterin der Arbeitssuchenden versteht.

120 Die sozialen Einrichtungen und Verbände sind ein unverzichtbarer Bestandteil der
121 sozialen Infrastruktur. Ihre Arbeit unterstützen wir weiterhin und wollen sie in
122 einem Landes-Wohlfahrtsgesetz absichern. Die gute Zusammenarbeit mit der
123 Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten und dem Beauftragten für Menschen
124 mit Behinderung setzen wir fort.

125 **Bessere Inklusion für Menschen mit Behinderung ermöglichen - Nicht ohne uns über 126 uns**

127 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die Teilhaberechte von Menschen mit
128 Behinderung sichert.

129 "Nicht ohne uns über uns". Das gilt für unsere GRÜNE Politik für Menschen mit
 130 Behinderung. Deshalb wollen wir die Selbstorganisation und direkte Beteiligung von
 131 Menschen mit Behinderung in den Kommunen und im Land stärken. Kommunale Beauftragte
 132 oder Beiräte für Menschen mit Behinderung leisten hierfür einen wichtigen Beitrag .
 133 Den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention muss
 134 konsequent umgesetzt werden und das Gesamtkonzept „Alle Inklusive“ wollen wir
 135 fortführen.

136
 137 Das Budget für Arbeit wollen wir ausbauen.

138 Wir setzen uns für Hilfen aus einer Hand und transparente individuelle
 139 Hilfeplanverfahren auf Grundlage einer bundesweit einheitlichen
 140 Hilfebedarfserhebung ein. Ein "Leben Daheim anstatt im Heim" muss möglich sein.

141 Die sozialräumliche Ausgestaltung von Angeboten der Eingliederungshilfe sind
 142 auszubauen. Wir unterstützen die Kreise und kreisfreien Städte bei der Entwicklung
 143 von Konzepten, die den Trägern und Verbänden eine flexible Mittelverwendung z.B.
 144 zur Schaffung Offener Treffs ermöglichen. So können Zugangsschwellen abgesenkt und
 145 Angebote unbürokratisch wahrgenommen werden. Die Erfahrungen des Modellprojekts im
 146 Kreis Nordfriesland und der Ambulanten Sozialpsychiatrie in Hamburg liefern
 147 wichtige Grundlagen.

148 Auf Bundesebene setzen wir uns für ein modernes Bundesteilhabegesetz ein, um eine
 149 selbstbestimmte Teilhabe für alle zu ermöglichen. Hierzu gehören für uns GRÜNE
 150 einheitliche Qualitätsstandards, ein bedarfsdeckendes Teilhabegeld, die Abschaffung
 151 des Mehrkostenvorbehalts und den Verzicht auf den Einsatz des Vermögens.

152 Bildungs- und Kulturangebote müssen der Inklusion gerecht werden. Wir werden uns
 153 stark machen, die Förderprogramme des Landes darauf auszurichten. Gemeinsame
 154 Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung in den Bereichen Theater, Sport und
 155 Musik müssen selbstverständlich werden.

156 **Selbstbestimmt Leben im Alter**

157 Die Bedürfnisse der älteren Generation werden vielfältiger. Viele Ältere ziehen
 158 dauerhaft nach Schleswig-Holstein. Um allen ein selbstbestimmtes Leben zu
 159 ermöglichen, sollen auch bestehende Förderprogramme für den ländlichen Raum genutzt
 160 werden. Wir werden neue Formen des Zusammenlebens, z.B. im Rahmen von
 161 Genossenschaftsprojekten unterstützen. Menschen, die aus dem Erwerbsleben
 162 ausgeschieden sind, bereichern unsere Gesellschaft durch ehrenamtliches Engagement,
 163 Lebenserfahrung und unkonventionelle Ideen.

164 **Dem demografischen Wandel und den Generationen gerecht werden**

165 Der demografische Wandel ist eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Wir
 166 wollen in den kommenden Jahren die Weichen stellen, um Generationengerechtigkeit
 167 und Lebensqualität erhalten und sichern zu können. Wir wollen außerdem mit einer
 168 familienfreundlichen Politik und der Gestaltung der Einwanderung auf den
 169 demografischen Wandel reagieren.

170 So werden wir einen Masterplan Demografie auf den Weg bringen, der die Absicherung
 171 der Daseinsvorsorge und der sozialen Infrastruktur ins Zentrum stellt. Bei diesem
 172 Projekt soll die Sozialraumplanung berücksichtigt und ein „Demografie-Check“
 173 eingeführt werden. Schleswig-Holstein – für alle Generationen attraktiv machen!

174 **EU Charta für Gleichberechtigung und Vielfalt umsetzen**

175 Zu unserer Agenda gehört es, die Inhalte der EU-Charta für Gleichberechtigung und
176 Vielfalt zu vermitteln und umzusetzen. Wir drängen auf die gleichberechtigte
177 Teilhabe, Stärkung und Unterstützung von Frauen auf den Arbeitsmarkt durch
178 wirkungsvolle Maßnahmen und Angebote.

179 Der Einsatz von Haushaltsmitteln hat eine geschlechterspezifische Wirkung bei
180 Förderprojekten zu berücksichtigen. Dem wollen wir zukünftig verstärkt gerecht
181 werden.

182
183 Wir wollen eine konsequente geschlechtergerechte Haushaltsführung (Gender
184 Budgeting) umsetzen.

185 **Zuflucht und Hilfe für Frauen und Mädchen vor Gewalt ermöglichen**

186 Der Schutz vor Gewalt ist ein Menschenrecht. Die Prävention von Gewalt ist eine
187 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt
188 werden, ist eine gute Infrastruktur aus Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen
189 erforderlich.

190 Wir haben die Schließung von Frauenhäusern verhindert und den Neubau des
191 Frauenhauses in Norderstedt unterstützt. Nachdrücklich geben wir den Kommunen bei
192 Bauvorhaben und Renovierungen Rückendeckung. Wir werden die
193 Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Frauenhäuser, das Mädchenhaus in Kiel und die
194 LAG der Frauenberatungsstellen auch weiterhin unterstützen, bei den
195 Landeszuschüssen steigende Tarifkosten berücksichtigen und Investitionsmaßnahmen
196 zur Energieeffizienz von Frauenhäusern fördern. Wir werden die besondere Situation
197 der Mädchen und Frauen, die aus anderen Nationen zu uns geflohen sind, im Rahmen
198 der Gewaltschutzkonzepte berücksichtigen.

199
200 Wir werden einen Landesaktionsplan gegen sexuelle und häusliche Gewalt unter
201 Beteiligung aller relevanten Ministerien auf den Weg bringen.

202 Dabei prüfen wir ein ehgattenunabhängiges Aufenthaltsrecht für Frauen, die von
203 häuslicher Gewalt betroffen sind. Es ist unsere Aufgabe, verbindliche Schulungen
204 zum Thema Gleichstellung und Frauenrechte für weibliche und männliche Flüchtlinge
205 auf den Weg zu bringen.

206 Weiterhin setzen wir uns für die Bekämpfung des Frauenhandels ein und unterstützen
207 die gute Arbeit der Beratungsstelle.

208 **Gleichstellung auch in den Parlamenten voranbringen**

209 Wir fordern ausreichende organisatorische und finanzielle Ressourcen für die
210 Gleichstellungsbeauftragten und wollen den Frauenanteil in den Parlamenten erhöhen.
211 Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist auf allen politischen Ebenen weiter
212 voranzubringen und ein paritätisches Wahlrecht einzuführen.

213
214 Wir wollen Mentoringprogramme und kommunalpolitische Netzwerke aufbauen und stärken
215 sowie die institutionelle Unterstützung durch eine Koordinierungsstelle auf
216 Landesebene schaffen. Ziel der kommunalpolitischen Netzwerke ist es, die
217 Kompetenzen von bereits tätigen Kommunalpolitikerinnen parteiübergreifend zu
218 bündeln und zu erweitern sowie politisch interessierten Frauen den Einstieg in die
219 Politik zu erleichtern.

220 Wir wollen die grundlegende Überarbeitung des Gleichstellungsgesetzes anpacken und
221 dieses an die Bundesgesetze anpassen. Besonderes Augenmerk werden wir dabei auf die

222 Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten in Kommunen richten und diese weiter
223 stärken.

224

225 **Mehr Frauen in MINT Berufe**

226 In den MINT Fächern liegt der Anteil der weiblichen Studierenden bundesweit sowie
227 in Schleswig-Holstein bei rund 20%. Nach dem Eintritt in das Berufsleben verringert
228 sich der Anteil Frauen auf rund 15 %, welches unter anderem mit der Vereinbarkeit
229 von Familie und Beruf zu tun hat. Wir wollen existierende Programme in der
230 Lehrer*innenaus- und -fortbildung, sowie Organisationen, die sich mit
231 frühkindlicher Bildung in den MINT-Fächern schon ab der KiTa beschäftigen weiter
232 betreiben und ausbauen. Unser Ziel ist es, dass mehr junge Frauen sich in den MINT-
233 Bereich zutrauen und mehr junge Männer soziale Berufe wagen.

234 **Frauen@Digital**

235 Das Internet und die Digitalisierung verändern Berufsleben und private Zeit für
236 Männer und Frauen. Soziale Netzwerke bieten eine gute Plattform zur Vernetzung um
237 für Frauenrechte aber auch für viele andere Themen zu kämpfen. Schon jetzt nutzen
238 viele Frauen die Möglichkeit über digitale Start-Ups neue Geschäftsfelder zu
239 eröffnen und den Markt zu „erobern“. Wir wollen diese Frauen fördern und ermuntern,
240 besonders auch die, für welche es nicht nur dem Nebenerwerb dient, bis
241 beispielsweise Elternzeiten überbrückt sind. Als Maßnahmen fordern wir die
242 Verstärkung von anonymen Frauenberatungen und eine klare staatliche Positionierung
243 und Verfolgung der sexualisierten Ausnutzung und Unterdrückung von Frauen im
244 Internet.

245 **Das Ehrenamt würdigen und belohnen**

246 Schleswig-Holstein ist das Land der helfenden Hände. Dies ist nicht erst durch den
247 starken Zuzug von Geflüchteten Ende 2015 klar geworden. Das Ehrenamt stützt den
248 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ob in der Kommunalpolitik, beim Bürgerbus, im
249 Natur- und Tierschutz, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder in zahllosen Vereinen –
250 viele Menschen, darunter auch Neuzugewanderte, packen im Land freiwillig an und
251 füllen manche Lücke in der Versorgung. Wir GRÜNE machen uns für die Belange der
252 Ehrenamtlichen stark.

253 Wir wollen die Ehrenamtskarte, deren Angebote die Küstenkoalition ausgeweitet hat,
254 bekannter machen, damit viele Menschen im Land davon profitieren können. Die Karte
255 ist ein Zeichen des Dankes an alle Ehrenamtler*innen. Sie ermöglicht zahlreiche
256 Vergünstigungen, etwa bei Theatern, in Restaurants oder Museen. Wir wollen den
257 Zugang vereinfachen und die Angebote auch außerhalb der Kiel Region ausbauen.

258 Die freiwillige Arbeit junger Menschen gilt es zu honorieren, wo wir es können, und
259 dafür zu werben, dass ehrenamtliches Engagement zum Beispiel bei der Vergabe von
260 Ausbildungs- oder Studienplätzen berücksichtigt wird.

261 Auch in der Schule muss ehrenamtliches Engagement gefördert werden. Die Schulen
262 sind zu ermuntern, den Schüler*innen die Möglichkeiten und Vorteile eines
263 Ehrenamtes näher zu bringen und in Projekttag und -wochen zu integrieren.

264 Hauptamt braucht Ehrenamt und umgekehrt. Wir wünschen uns eine Begegnung von Haupt-
265 und Ehrenamt auf Augenhöhe und in gegenseitigem Respekt. Zentrale hauptamtliche
266 Koordinierungsstellen werden gefördert, um diese Art der Begegnung auf kommunaler
267 Ebene zu unterstützen und zu ermöglichen.

268 Die Arbeit der Freiwilligen braucht auch professionelle Unterstützung. Angebote zur
 269 Fortbildung, Beratung und Supervision sind zu fördern. Wer unbezahlt für die
 270 Gesellschaft arbeitet, soll nicht noch selbst für Fortbildung, Fahrtkosten etc.
 271 aufkommen müssen.

272 Darüber hinaus werden wir auf Bundesebene prüfen, ob durch ehrenamtliche Tätigkeit
 273 auch zusätzliche Rentenpunkte zu erwerben sind.

274 **Soziales@Digital**

275 Die Digitalisierung eröffnet neue Chance für die Vereinbarkeit von Familie und
 276 Beruf. Wenn Unternehmen und öffentliche Einrichtungen ihren Mitarbeiter*innen
 277 erlauben, einen Teil der Arbeit außerhalb des Betriebs zu verrichten, erhöhen wir
 278 die Flexibilität für eine bessere Life-Balance.

279 Eine möglichst umfassende Barrierefreiheit muss selbstverständlich für öffentliche,
 280 privat-wirtschaftliche und private Angebote im Internet werden.

281 **Auf den Punkt**

- 282 • *Wir werden* Alleinerziehende besser unterstützen, Kinderrechte stärken und
 283 Kinderarmut bekämpfen,
- 284 • Frühe Hilfen ausbauen, Familienhebammen und Familienzentren fördern,
- 285 • Inklusion von Menschen mit Behinderung weiter voranbringen und
 286 Barrierefreiheit verbessern,
- 287 • ein selbstbestimmtes Leben für Senioren unterstützen und einen Masterplan
 288 Demografie aufstellen,
- 289 • Frauenhäuser und –beratungsstellen, Kinderschutzzentren und das Mädchenhaus
 290 fördern,
- 291 • die EU-Charta für Gleichberechtigung und Vielfalt auf den Weg bringen,
- 292 • die Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen politischen Ebenen weiter
 293 entwickeln und ein paritätisches Wahlrecht einführen,
- 294 • ehrenamtliches Engagement unterstützen und honorieren.

295 **Bezahlbarer Wohnraum / In gemeinsamer Verantwortung Wohnraum 296 planen, klimafreundlich und zum Wohl Aller bauen**

297 Stark gestiegene Mieten und Immobilienpreise haben dazu geführt, dass es für
 298 Menschen mit kleinen Einkommen und junge Familien schwerer wird im Hamburger Rand
 299 und in den kreisfreien Städten bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wohnen ist ein
 300 Grundbedürfnis. Deswegen fördern wir als Land den sozialen Wohnungsbau und erwarten
 301 vom Bund, dass er sich an einem bedarfsgerechten Ausbau angemessen beteiligt.

302
 303 Menschen ohne ausreichende Bonität werden auch bei sozialen Wohnungsbauunternehmen
 304 häufig als Mieter*innen abgelehnt und werden so oft in die Obdachlosigkeit
 305 getrieben. Wir wollen die Einrichtung eines Fonds prüfen, mit dessen Hilfe
 306 gegenüber Vermieter*innen die notwendige Bürgschaft erbracht werden kann.

307 **In den Kommunen soll sozialer Wohnungsbau zu einer zentralen Aufgabe werden**

308 Wir brauchen geförderten sozialen Wohnungsbau. Die Kommunen spielen hierbei eine
 309 tragende Rolle. In ihren Händen liegt die Bauleitplanung, sie sind mit den

310 Bedürfnissen der Menschen vertraut. Deshalb wollen wir die Kommunen bestärken,
311 Wohnraumplanung zur Chef*innensache in den Rathäusern zu machen. Dabei hilft ein
312 enger Austausch mit der Landesregierung und der I-Bank. Hier wollen wir für mehr
313 Beratung und Unterstützung sorgen.

314 **Neue Wege zu günstigen Baugrundstücken ebnen**

315 Ein großes Problem für die Schaffung bezahlbarer Wohnungen sind die hohen
316 Grundstückspreise im Hamburger Rand, auf den Inseln und in etlichen Städten.
317 Bauland wird oftmals im Höchstpreisverfahren vergeben. Wir begrüßen die
318 vorbildlichen Ansätze in Lübeck (Verbilligungsrichtlinie, Preisrabatt für
319 städtische Grundstücke) und Norderstedt (Drittelmix: sozialer Wohnungsbau,
320 Eigentumswohnung und Mietwohnung zu gleichen Teilen). Die Konzeptvergabe in Hamburg
321 führt dazu, dass Flächen nur an Investor*innen vergeben werden, deren Bauvorhaben
322 sozial überzeugen. Für diese Beispiele werben wir.

323 **Integrierte Stadtentwicklungskonzepte helfen planen**

324 Neubau und Verdichtung führt auch zur Versiegelung von Flächen, steht in Konkurrenz
325 zum Umweltschutz und geht oft zu Lasten von Stadtgrün. Um den Flächenverbrauch
326 möglichst klein zu halten, setzen wir bei der Schaffung neuen Wohnraums nicht
327 allein auf Neubau, sondern auch auf Modernisierung, Bestandsverdichtung,
328 Aktivierung von Leerständen, Geschossaufstockung, Wohnungstausch und Initiativen
329 wie "Wohnen für Hilfe". Ein Baulückenkataster sollte in jeder größeren Gemeinde
330 angelegt werden.

331 In der Regel entsteht durch mehr Wohnungen auch mehr Verkehr. Deswegen werden wir
332 integrierte Stadtentwicklungskonzepte fördern, die den ÖPNV einbeziehen und die
333 verschiedenen Nutzungskonflikte in fairen Ausgleich bringen. Die Interessen aller
334 Menschen, besonders von Kindern, sind zu berücksichtigen. Engagierte und
335 rechtzeitige Bürgerbeteiligung ist Voraussetzung für die Akzeptanz von
336 Baumaßnahmen.

337 Eine Absenkung der Standards darf nicht zu kurzlebiger Bausubstanz führen. Wir
338 müssen verantwortungsvoll mit unseren Ressourcen umgehen und – nicht zuletzt
339 angesichts der älter werdenden Gesellschaft – mehr barrierefreie Wohnungen
340 schaffen. Es reicht nicht, günstig zu bauen, wir müssen auch auf eine gelungene
341 Quartiersentwicklung achten. Soziale Nachhaltigkeit verhindert zudem die
342 Entwicklung sozialer Brennpunkte. Wir GRÜNE setzen uns für eine inklusive und
343 vielfältige Gesellschaft ein, in der jeder mit jedem Nachbar sein kann.

344 **Dem gemeinwohlorientierten Bauen gehört die Zukunft**

345 Gerade genossenschaftliches Bauen, gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft und
346 insbesondere Baugemeinschaften setzen auf Gemeinschaft und können mit ihren
347 innovativen Konzepten Impulse für eine soziale Stadtentwicklung geben. Ihre
348 Projekte, die oftmals auch Mobilität und Energieversorgung vernetzen, sind
349 zukunftsweisend. Baugemeinschaften haben unsere besondere Unterstützung.

350 Zur Unterstützung von Baugemeinschaften wollen wir – wie in Hamburg – eine zentrale
351 Beratungs- und Vernetzungsstelle im Land aufbauen. Es ist zu prüfen, wie
352 nachhaltige und gemeinwohlorientierte Projekte bei dringendem Bedarf und
353 langjähriger Mietpreisbindung durch Zuschüsse unterstützt werden können, zusätzlich
354 zu den bestehenden Förderprogrammen.

355 Wir begrüßen es, wenn Kommunen Wohnungsbaugesellschaften aufbauen.

356 **Auf den Punkt**

- 357 • *Wir werden* Kommunen für ihre Wohnraumplanung professionelle Beratung
358 anbieten,
- 359 • dafür werben, dass Kommunen Baugrundstücke für gemeinwohlorientierte Projekte
360 günstiger abgeben – wie etwa in Lübeck und Norderstedt,
- 361 • Städtebaumittel für integrierte Stadtentwicklungskonzepte einsetzen.

362 **Gesundheit und Pflege / Wir brauchen regionale** 363 **Gesundheitszentren und neue Modelle für eine gute Versorgung**

364 Gesundheit und Pflege gehören zu den Schlüsselthemen unseres Landes. Einen
365 gleichberechtigten Zugang zu Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sicherzustellen,
366 ist ein zentrales Anliegen grüner Politik.

367 Gleichzeitig ist der Gesundheitssektor einschließlich Pflege, Medizintechnik,
368 Wellness- und Reha-Einrichtungen der größte Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein
369 und stellt mit etwa 200.000 Beschäftigten jeden fünften Arbeitsplatz. Wir sehen
370 einen gut aufgestellten Gesundheitssektor als große Chance für die weitere
371 Entwicklung unseres Landes an. Von entscheidender Bedeutung ist es, den Bedarf an
372 Ärzt*innen und Pflegekräften für die Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

373 **Prävention und Gesundheitsaufklärung unterstützen**

374 Die Prävention im Gesundheitswesen wollen wir ausbauen. Hierzu gehören Konzepte zur
375 Vermeidung chronischer Erkrankungen, wie etwa Diabetes mellitus. Wir setzen uns
376 auch weiterhin für einen konsequenten Nichtraucherschutz ein. Die
377 Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein wollen wir fortsetzen und weiter
378 entwickeln.

379 Sexuelle Gesundheit ist wichtig für alle Menschen. Daher setzen wir uns für die
380 Stärkung von Beratungs- und Präventionseinrichtungen z.B. "AIDS-Hilfen" und "pro
381 familia" ein.

382 Unsere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den AIDS-Hilfen wollen wir fortsetzen und
383 weiter ausbauen.

384 **Medizinische Versorgung im ländlichen Raum verbessern**

385 Die Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum ist eine der
386 entscheidenden Aufgaben in den nächsten Jahren, besonders in einem Flächenland mit
387 Inseln und Halligen. Die ambulante und stationäre Versorgung muss verzahnt und die
388 sektorenübergreifende medizinische Versorgung verbessert werden.

389 Erfolgreich haben wir uns für die Realisierung des Zukunftsmodells Brunsbüttel
390 eingesetzt, wo bundesweit erstmalig ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung
391 unter einem Dach konzeptionell zusammengefügt und angeboten werden. Wir werden die
392 Umsetzung begleiten und überprüfen, wie sich dieses Modell auf andere Regionen
393 übertragen lässt, damit die medizinische Versorgung im ländlichen Raum
394 gewährleistet ist.

395 Um die Planung zu verbessern, werden wir regionale Gesundheitskonferenzen unter
396 Beteiligung von Patient*innen, Gesundheitsämtern, Krankenhäusern, niedergelassenen
397 Ärzt*innen, Vertreter*innen aller Gesundheitsberufe sowie der Kommunalpolitik
398 einrichten. Die Umsetzung könnte durch eine Landesgesellschaft erfolgen, die
399 Ergebnisse der regionalen Konferenzen auswertet, die Umsetzung begleitet und in

400 einem transparenten Verfahren die Bürger*innen über die eingeleiteten Schritte
401 informiert.

402 Kommunale Gesundheitszentren, medizinische Versorgungszentren und Zweigpraxen sind
403 weitere Bausteine zur Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum.

404 Wir unterstützen die Übertragung ärztlicher Aufgaben und den Einsatz von
405 Gemeindeschwestern und -pflegern.

406 Besonders für den ländlichen Raum bietet der Ausbau der ergänzenden Telemedizin
407 Potenzial.

408 **Bessere Hygiene - Krankenhausinfektionen vermeiden**

409 Unser Ziel ist die Vermeidung von Krankenhausinfektionen. Wir wollen dafür sorgen,
410 dass Schleswig-Holstein bei dieser Frage eine Vorreiterrolle einnimmt.

411 So unterstützen wir den Bau einer spezialisierten Infektionsstation nach
412 niederländischem Modell in einem Schleswig-Holsteinischen Krankenhaus. Dieses
413 Modell werden wir wissenschaftlich begleiten und bei Erfolg ausbauen. Zu verbessern
414 ist der Personalschlüssel insbesondere auf den Intensivstationen, die
415 Hygienestandards sind fortlaufend zu erneuern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
416 der Bund entsprechende Maßnahmen unterstützt.

417 **Mit einem Landeskrankenhausgesetz Bau und Finanzierung regeln**

418 Wir verfolgen das Ziel, alle gesetzlichen Regelungen zur Planung und Finanzierung
419 der Krankenhäuser in einem Landeskrankenhausgesetz zusammenzufassen.

420 Investitionen in den Krankenhausbau werden wir bedarfsgerecht umzusetzen. Der Abbau
421 des Sanierungsstaus in den Krankenhäusern ist ein Schwerpunkt bei der Sicherung der
422 sozialen Infrastruktur. Den eingeschlagenen Weg werden wir weiter verfolgen, um die
423 Versorgung überall in Schleswig-Holstein zu sichern.

424 Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin für einen bundesweit einheitlichen
425 Basisfallwert ein, um eine gerechte und angemessene Finanzierung der
426 Krankenhausbehandlung in Schleswig-Holstein zu erreichen.

427 **Die Medizin braucht mehr Nachwuchs**

428 Bei uns im Land werden in den nächsten 10 bis 15 Jahren viele Hausärzt*innen in den
429 Ruhestand gehen. Gleichzeitig steigt dann der Bedarf an Versorgungsleistung – vor
430 allem im ländlichen Raum. Vor diesem Hintergrund werden – bundesweit – zu wenig
431 Mediziner*innen an den Hochschulen ausgebildet. Mit der medizinischen Fakultät an
432 der Christian-Albrechts-Universität in Kiel und der Universität zu Lübeck haben wir
433 zwei exzellente Hochschulen zur Medizinerausbildung.

434 Wir haben den Bau unseres Universitätsklinikums UKSH erfolgreich auf den Weg
435 gebracht. Das UKSH ist als einziges Krankenhaus der Maximalversorgung ein
436 entscheidender Bestandteil der medizinischen Infrastruktur. Die Umsetzung des Bau-
437 Masterplans darf nicht zulasten der Patienten oder des Personals gehen.

438 Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den anderen Bundesländern durch einen
439 "Hochschulpakt Medizin" bundesweit 1000 neue Medizinstudienplätze zu schaffen.

440 **Pflege geht Alle an**

441 Der überwiegende Anteil der Pflegebedürftigen möchte so lange wie möglich zu Hause
442 versorgt werden. Um das zu ermöglichen, müssen auch die Pflegenden – in der
443 Mehrzahl Frauen – entlastet werden.

444 Wir wollen Programme zur Prophylaxe und Prävention stärken. Auch das Schleswig-
445 Holsteinische Geriatrie-Konzept (Altersmedizin) gilt es fortzuschreiben. In der
446 Pflege werden wir kommunale Modellprojekte auflegen, wissenschaftlich auswerten und
447 bei Erfolg landesweit umsetzen.

448 Wir GRÜNE setzen uns für einheitliche Standards bei der Personalbemessung in der
449 Pflege und eine konsequente Umsetzung des Arbeitsschutzes für Pflegekräfte ein. Die
450 Voraussetzungen wollen wir gemeinsam mit den Pflegekräften verbessern. Hierzu
451 gehört auch, die erforderlichen Ausbildungskapazitäten vorzuhalten.

452 **Palliativversorgung und Hospize**

453 Wir wollen das Angebot im Bereich der ambulanten und stationären Versorgung mit
454 Palliativmedizin und Hospizen weiter ausbauen.

455 **Geburtshilfe sicherstellen und Hebammen unterstützen**

456 Zur Sicherung der Versorgung mit Geburtshilfe und Hebammen soll die Anzahl der
457 Ausbildungsplätze für Hebammen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Gemeinsam mit den
458 Kommunen wollen wir Verantwortung für die Sicherung der Haftpflichtprämien
459 übernehmen und in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt eine für Geburtshilfe
460 zuständige Hebamme einsetzen. Zur Versorgung der Inseln und Halligen sowie anderer
461 strukturschwacher Gegenden setzen wir uns weiterhin für eine externe Begleitung bei
462 der Koordinierung ein.

463 **Tageskliniken für psychisch Kranke ausbauen**

464 Unseren erfolgreichen Einsatz für den bedarfsgerechten Ausbau psychiatrischer und
465 psychosomatischer Tageskliniken werden wir konsequent fortsetzen. Wir unterstützen
466 die gemeinsame Koordinierung ambulanter, (teil)stationärer und tagesklinischer
467 Behandlungsformen.

468 Demenzerkrankungen nehmen aufgrund der demografischen Entwicklung immer mehr zu.
469 Den Demenzplan Schleswig-Holstein entwickeln wir weiter.

470 **Gesundheitsversorgung für Geflüchtete sicherstellen**

471 Zur Eingliederung der Asylsuchenden in das Gesundheitssystem ist uns mit der
472 landesweiten Einführung der Gesundheitskarte ein erster Schritt gelungen. Wir
473 wollen nun in Schleswig-Holstein ein Modell für die Gesundheitsversorgung von
474 Menschen ohne Papiere entwickeln. Besonderes Augenmerk richten wir auf
475 traumatisierte Geflüchtete, denen wir verstärkt Zugang zu qualifizierte
476 psychotherapeutischer Betreuung gewähren wollen. Ein großes Problem sind
477 Sprachbarrieren zwischen Ärzt*innen bzw. Psychotherapeut*innen und Geflüchteten,
478 weswegen wir die Einführung eines Dolmetscher*innenpools prüfen wollen. Die von uns
479 veranlasste Aufstockung der Mittel ist weiterzuführen und dem kommenden Bedarf
480 anzupassen. Das gilt auch für die Fortbildung und Supervision von Menschen, die
481 Traumatisierte in Unterkünften betreuen. Unser Ziel heißt gleiche
482 Gesundheitsversorgung aller hier lebenden Menschen.

483 **Unabhängige Patientenberatung wieder gewährleisten**

484 Wir bedauern, dass die unabhängige Patientenberatung nach einer Fehlentscheidung
485 der Bundesregierung nicht mehr ausreichend im Land präsent ist und werden
486 versuchen, diese Fehlentwicklung auf Bundesebene rückgängig zu machen.

487 **Gesundheit@Digital**

488 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen und der Ausbau der Telemedizin bieten große
 489 Chancen für die Sicherung der medizinischen Versorgung. Gerade angesichts der
 490 Sensibilität der Daten und heute oftmals unsicherer Übertragungswege sind auch hier
 491 gute Datenschutzstandards von zentraler Bedeutung.

492 **Auf den Punkt**

- 493 • Wir werden Menschen, die pflegebedürftige Familienangehörige zu Hause pflegen
 494 durch entlastende Programme besser unterstützen,
- 495 • *Wir werden* die Prävention von Erkrankungen fördern,
- 496 • die medizinische Versorgung im ländlichen Raum sichern,
- 497 • den Investitionsstau bei den Krankenhäusern weiter abbauen,
- 498 • für alle Pflegebedürftigen Qualität in der Pflege hoch halten,
- 499 • die Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Demenz sowie der
 500 Hospiz- und Palliativmedizin weiter ausbauen,
- 501 • Traumatherapien für Geflüchtete fördern,
- 502 • Modellprojekte begleiten, die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung
 503 vor allem im ländlichen Raum zusammenwirken lassen,
- 504 • die Einrichtung einer Landesgesellschaft zur Umsetzung innovativer Konzepte
 505 prüfen,
- 506 • den Ausbau der Telemedizin unterstützen.

507 **Kita – Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder schon von der 508 Kita an. Mit mehr Qualität und Unterstützung der Eltern**

509 Die Brücken in eine offene Gesellschaft werden in Kitas und Schulen gebaut. Für
 510 eine gelungene Inklusion und Integration liegt hier der Schlüssel. Dabei kommt es
 511 vor allem auf Qualität an – bei Ausstattung, bedarfsgerechten Öffnungszeiten,
 512 Ausbildung und Personal. Kitas sollen Orte der Geborgenheit und des Lernens sein –
 513 und die Kinderstube der Demokratie.

514 Kaum ein Bereich ist so im Wandel wie die Angebote für kleine Kinder. Seit 2013
 515 haben Kinder ab dem ersten Geburtstag bundesweit einen Rechtsanspruch auf einen
 516 Betreuungsplatz. Bei Platzangebot und Betreuungsschlüssel stehen wir im Norden gut
 517 da. Das Land hat seit 2012 die Mittel für die Kitafinanzierung von 100 auf 200
 518 Millionen Euro jährlich verdoppelt. Das ist deutlich mehr, als wir vor der letzten
 519 Landtagswahl versprochen hatten.

520 **Mehr Qualität in der Kita**

521 Krippen und Kitas halten vielen Familien den Rücken frei. Hier ist Platz zum
 522 Lernen, um Freundschaften zu schließen und Fragen zu stellen – für Kinder, aber
 523 auch die Eltern. Nicht zuletzt wollen wir die Rolle der Elternvertretungen stärken,
 524 diese institutionalisieren und mit mehr Mitteln ausstatten.

525 Qualität der Kinderbetreuung ist uns wichtig. Schleswig-Holstein liegt bei den
 526 Kitas im bundesweiten Durchschnitt, viele arbeiten schon heute auf höchstem Niveau.
 527 Wir wollen aber gemeinsam mit den Akteur*innen landesweit einen Orientierungsrahmen
 528 für gute fachliche Praxis erarbeiten und diesen mit den Fortbildungsangeboten
 529 verbinden.

530 Inklusiv Angebote sollen schrittweise ausgebaut werden, die Sprachförderung
 531 intensiviert, der Übergang von der Kita in die Grundschule systematisiert und auch
 532 die Arbeit der Familienzentren gestärkt werden, die wir seit 2014 mit 2,5 Millionen
 533 Euro jährlich unterstützen.

534 Tagesmütter und -väter bleiben wichtig für Familien mit kleinen Kindern. Sie sollen
 535 an den neuen Maßnahmen für Fachberatung und Qualitätsentwicklung teilnehmen und
 536 sich vernetzen können. Eltern, die ihre Kinder von Tagesmüttern oder -vätern
 537 betreuen lassen, sollen keinen Nachteil haben, wenn Ihr Kind mit drei Jahren einen
 538 Kitaplatz benötigt.

539 **Familiengerechtigkeit, eine transparente und gerechte Kitafinanzierung**

540 Kinderbetreuung ist aus dem Lebensalltag junger Familien nicht mehr wegzudenken.
 541 Für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung müssen der zeitliche Bedarf sowie die
 542 finanzielle und soziale Situation der Familien noch stärker berücksichtigt werden.
 543 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung sowie Weiterbildung oder Pflege
 544 wollen wir weiter verbessern.

545 Eltern müssen trotz aller Anstrengungen im Bundesvergleich bei uns durchschnittlich
 546 am meisten zahlen. Das geht von geringen Gebühren wie in Neumünster hin zu kaum
 547 noch tragbaren Elternbeiträgen im Hamburger Rand. Gemeinsam mit Kreisen und
 548 Kommunen wollen wir familiengerechte Lösungen finden, wie z.B.
 549 Geschwisterermäßigungen und Beitragsstaffelungen.

550 Ein bedarfsgerechtes Angebot und hohe Qualität haben für uns Priorität.
 551 Mittelfristig bleibt die Beitragsfreiheit unser Ziel, so wie es bei Schulen und
 552 Hochschulen bereits der Fall ist. Für uns steht in der kommenden Wahlperiode die
 553 Qualität der Betreuung und Bildung im Mittelpunkt.

554 Die Zunahme an Ganztags- und Krippenplätzen, Tarifsteigerungen und erhöhte
 555 Bildungsstandards bringen Kommunen teilweise an den Rand der Handlungsfähigkeit.
 556 Wir wollen die Kommunen bei diesen Aufgaben finanziell noch stärker unterstützen.
 557 Dies werden wir mit mehr Transparenz in der Finanzierung verbinden. Die
 558 Kitafinanzierung muss für alle nachvollziehbar sein.

559 **Fachkräftemangel in Kitas entgegen wirken, Berufseinstieg attraktiver machen**

560 Viele qualifizierte Absolvent*innen unserer Beruflichen Schulen arbeiten im
 561 Anschluss an eine zwei- bis fünfjährige Schulzeit mit Praktika nicht in Kitas,
 562 obwohl qualifiziertes Personal händeringend gesucht wird. Darum wollen wir zum
 563 einen die Anerkennung von beruflichen Erfahrungen erleichtern – andererseits
 564 Maßnahmen entwickeln, die den Berufseinstieg einfacher und attraktiver gestalten
 565 und den Einstieg in eine duale Ausbildung prüfen.

566 **Auf den Punkt**

- 567 • *Wir werden* noch mehr in Kita-Qualität investieren,
- 568 • eine einfache und verlässliche Kita-Finanzierung mit Kreisen und Kommunen
 569 erreichen, die Kommunen wieder Spielräume gibt,
- 570 • uns für mehr Beitragsgerechtigkeit einsetzen,
- 571 • den Berufseinstieg für junge Menschen attraktiver machen.

572 **Schulen / Leben, lernen, entdecken: Unsere Schulen brauchen**
 573 **eine bessere Ausstattung und Ruhe für mehr Unterrichtsqualität**

574 Wir wollen, dass nicht in erster Linie Fächer sondern junge Menschen unterrichtet
 575 werden. Uns ist wichtig, dass Kinder die Welt des Wissens entdecken, sie lernen,
 576 worauf sie stolz sein können und erfahren, wobei sie sich anstrengen müssen. Guter
 577 Fachunterricht, individuelle Förderung, ein wertschätzender Umgang – das haben
 578 unsere Schüler*innen verdient. Wir streben eine ganzheitliche Bildung an und wollen
 579 den Kindern gutes Rüstzeug mitgeben: Ausbildungsreife und Lebenspraxis.

580 Um den Sanierungsstau im Kommunalen Schulbau aufzulösen, werden wir in der nächsten
 581 Legislaturperiode gemeinsam mit den Kommunen eine belastbare Bestandsaufnahme
 582 machen. So, wie wir es in dieser Legislaturperiode für die Landesinfrastruktur
 583 gemacht haben. Unser Ziel ist es, in der nächsten Legislaturperiode zügig gemeinsam
 584 mit den Kommunen ein Konzept zu erarbeiten um die Sanierung der Schulen
 585 verlässlicher auf den Weg zu bringen. Dazu braucht es eine belastbare Planung, die
 586 mehr als eine Legislaturperiode umfasst. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich
 587 das Land an der baulichen Sanierung der kommunalen Schulen finanziell beteiligt.

588 **100 Prozent Unterrichtsversorgung plus Bildungsbonus**

589 Schulen unterscheiden sich in der Zusammensetzung stark. Wir wollen vor allem
 590 Schulen einen "Bildungsbonus" geben, die vielen Kindern und Jugendlichen, die es
 591 nicht leicht haben, Rückenwind geben. Es gilt, anhand eines Sozialindex vor allem
 592 dort, multiprofessionelle Teams einzusetzen, die etwa aus Lehrkräften,
 593 Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen bestehen, Entlastungsstunden für
 594 Schulleitungen und Lehrkräfte an diesen Standorten zu ermöglichen und so eine
 595 Personalausstattung von mehr als 100 Prozent zu erreichen.

596 Unseren Schulen fehlen Lehrkräfte. Den Sparkurs an unseren Schulen von Schwarz-Gelb
 597 haben wir darum 2012 beendet. Auch künftig wird unser Schwerpunkt auf einer
 598 besseren Ausstattung der Schulen und höherer Qualität liegen.

599 Bei der Unterrichtsversorgung haben wir uns von 95 Prozent auf inzwischen 98
 600 Prozent vorgearbeitet. Alle Schulen brauchen eine 100-prozentige Versorgung, einige
 601 darüber hinaus mehr Personal: Schulen unterscheiden sich bei der Zusammensetzung
 602 der Schüler*innen stark. Wir wollen vor allem Schulen einen "Bildungsbonus" geben,
 603 die vielen Kindern und Jugendlichen mit Lern- und Lebenserschwernissen Rückenwind
 604 geben. Es gilt, multiprofessionelle Teams einzusetzen, die etwa aus Lehrkräften,
 605 Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen bestehen, Entlastungsstunden für
 606 Schulleitungen und Lehrkräfte an diesen Standorten zu ermöglichen und so eine
 607 Personalausstattung von mehr als 100 Prozent zu erreichen.

608 Wir haben die Schulsozialarbeit und die Schulassistenz an Grundschulen mit jeweils
 609 mehr als 13 Millionen Euro jährlich aufgestockt. Den schulpsychologischen Dienst
 610 wollen wir ebenfalls weiterentwickeln.

611 Die Anzahl der Ganztagschulen ist weiter gestiegen. Jetzt gilt es die Qualität zu
 612 verbessern. Viele Angebote entsprechen nicht unseren Anforderungen an ganztägige
 613 Bildung und Betreuung. Eine bessere Verzahnung der Ganztagsangebote mit
 614 außerschulischen Organisationen und Einrichtungen ist erforderlich. Die
 615 Zusammenführung von Hort und Ganztagschule in zukünftiger Verantwortung der
 616 Schulen darf nicht zum Qualitätsverlust im Ganztagsangebot führen. Unser Ziel
 617 bleibt, dass alle Schulen zu gebundenen, also verbindlichen und gebührenfreien
 618 Ganztagschulen werden.

619 **Qualitätsverbesserungen statt Strukturdebatten – Personalentwicklung fördern**

620 Seit dem Jahr 2007 gibt es eine neue Schulstruktur im Land. Das System aus
621 Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und Beruflichen Schulen hat sich bewährt. Der
622 Standard G8 an Gymnasien und G9 an Gemeinschaftsschulen und Beruflichen Gymnasien
623 ist allgemein akzeptiert. In der laufenden Legislaturperiode haben wir nach einem
624 Bildungsdialog mit vielen Akteur*innen behutsam nachgesteuert. Wir sind uns
625 bewusst, dass die Schulen Ruhe wollen, um an Schulkultur und Unterrichtsmethoden
626 weiterarbeiten zu können. Darum halten wir uns mit neuen Bestimmungen und
627 Pflichtenforderungen zurück. Es wird keine Veränderung der Schulstruktur geben,
628 jedoch werden wir den Bildungsdialog fortsetzen.

629 Unsere Aufgabe wird es vielmehr sein, Rahmenbedingungen zu gestalten, die an den
630 Schulen Freiräume für gemeinschaftliche Initiativen und Entwicklungen lassen. Wir
631 unterstützen alle Schulen dabei, ihren Beitrag zu gesellschaftlichen Aufgaben, vor
632 allem der Inklusion und der Integration von Geflüchteten, zu leisten.

633
634 Wir werden die Ausgaben für Fortbildung erhöhen und den systematischen Einstieg in
635 die Supervision (Beratung und Hilfe) von Lehrkräften und Schulleitungen prüfen.

636 Wir werden uns für variable Arbeitszeitmodelle einsetzen und in einigen
637 Modellschulen Erfahrungen damit sammeln. Ziel ist es, multiprofessionellen Teams
638 Freiräume zu schaffen, Zeit für Koordinierungsaufgaben zu gewinnen und
639 Arbeitsspitzen abzumildern.

640 Der Schulleitung kommt eine wichtige Rolle bei der Sicherstellung der Schulqualität
641 zu. Schulleitung ist ein eigenes Berufsfeld – auf die komplexen Managementaufgaben
642 sind viele Lehrer*innen nicht vorbereitet. Wir halten die Einführung einer
643 systematischen Personalentwicklung und ein Spezialprogramm für künftige
644 Führungskräfte in Schulen für unerlässlich. Dabei wollen wir auch Diversityaspekte
645 verstärkt mit in die Schulleitungen und Fortbildungen tragen.

646 Auch Schulen sind lernende Systeme. Darum wollen wir mehr Schulen die Chance auf
647 ein „Schul-Feedback“ geben und sie in ihrer Entwicklung mit zielgerichteten
648 Maßnahmen unterstützen. Schüler*innen und Eltern können aufschlussreiches Feedback
649 geben, deswegen sind sie in diesen Prozess einzubinden.

650 Wir wollen Kreativität und projektebezogene Gruppenarbeit stärker fördern.
651 Entrepreneurship und Gründungsinitiativen sollen auch in der Schule behandelt
652 werden. Viele Initiativen, die dieses an die Schulen tragen sind noch sehr jung und
653 wir wollen sie weiter ermutigen mit Schulen tätig zu werden. Wir werden in diesem
654 Rahmen unterstützend tätig werden.

655

656 **Inklusion verwirklichen**

657 Inklusion bedeutet Teilhabe und Förderung. Wir unterstützen sowohl inklusive
658 Angebote an Regelschulen – das bedeutet, dass Kinder mit Handicap in ihre
659 Nachbarschule gehen können – als auch die in unserem Schulsystem unverzichtbaren
660 Förderzentren. Beides muss Hand in Hand gehen und Eltern die Wahl lassen.

661 Inklusion braucht Unterstützung. Damit alle Kinder individuelle Lernunterstützung
662 in Anspruch nehmen können, sind mehr Förderlehrkräfte und weiteres pädagogisches
663 Fachpersonal einzustellen. Mit den von uns in dieser Legislatur bereits
664 geschaffenen zusätzlichen Stellen für Förderlehrkräfte sowie rund 600
665 Schulassistent*innen an Grundschulen haben wir einiges erreicht. Künftig geht es
666 darum, die Mittel von Schulbegleitung und Schulassistenz im Sinne der Schule und
667 der Verlässlichkeit für die betroffenen Familien besser zu verzahnen.

668 Inklusion kann nicht nach der neunten Klasse enden. Gemeinsam mit Schulen und
 669 Wirtschaft sowie mit Jugendberufsagenturen werden wir nach besseren Möglichkeiten
 670 suchen, die inklusive Struktur auch in der beruflichen Bildung im Land auszubauen.

671 Das Land wird die Kooperation von Regelschulen und Förderzentren mit
 672 Investitionsanreizen unterstützen. Bauliche Veränderungen sollen auch die
 673 gemeinsame Planung und Gestaltung des Unterrichts verbessern. Die Zusammenarbeit
 674 von Fach- und Förderlehrkräften, Schulsozialarbeitern und Schül*innen, von
 675 Ganztagspersonal und Schulbegleiter*innen wird so erleichtert und wirkungsvoller.

676 Zu Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen zählen auch Hochbegabte.
 677 Wir begrüßen die bereits angelaufenen Projekte an unseren Schulen und werden sie
 678 weiter fördern – als wichtigen Beitrag für Vielfalt an Schulen.

679 **Kinder und Jugendliche aus aller Welt sind willkommen an unseren Schulen**

680 Ohne die engagierte Arbeit unserer Schulen wird Integration nicht gelingen. Mehr
 681 als 700 Lehrer*innenstellen sind bislang geschaffen worden, weitere werden folgen,
 682 um allen Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein einen guten Bildungsstart
 683 zu ermöglichen. Die Arbeit in DaZ-Vorbereitungsklassen (Deutsch als Zweitsprache)
 684 braucht einen eigenen Ansatz. Wir setzen uns dafür ein, die besondere Kompetenz von
 685 Lehrkräften zu nutzen, die selber Geflüchtete sind oder waren. Diese Lehrer*innen
 686 brauchen ein spezielles Einstiegs- und Traineeprogramm, um mit unseren
 687 pädagogischen Standards erfolgreich arbeiten zu können. Solange noch nicht
 688 ausreichend mehrsprachige Lehrkräfte an Schleswig-Holsteinischen Schulen zur
 689 Verfügung stehen, soll der Dolmetscherpool des IQSH, der bislang nur den DaZ-
 690 Zentren zur Verfügung steht, für den Abruf aller Schulen geöffnet werden. Nicht
 691 alle Kinder Neuzugewanderter lernen an DaZ-Zentren. Für Elterngespräche und
 692 Beratung werden insbesondere auch an Förderzentren kompetente Dolmetscher*innen
 693 benötigt, um aufzuklären und zu vermitteln.

694 **Schule muss sich jede*r leisten können**

695 Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt, aber auch bei uns kommen Kinder
 696 ohne Frühstück zur Schule. Nicht alle Kinder können sich das Mensaessen oder
 697 Klassenfahrten leisten. Kein Kind darf aus Geldsorgen vom Schulleben ausgeschlossen
 698 sein.

699 Wir werden einen Sozialfonds auflegen, der es finanziell benachteiligten
 700 Schüler*innen ermöglicht, gleichberechtigt an Bildungsangeboten teilzuhaben. Dazu
 701 gehören die Teilnahme an Klassenfahrten, Zuschüsse zum Essen, Kosten für benötigte
 702 Lernmittel und IT-Ausstattung, die viele Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern
 703 oftmals vor große finanzielle Schwierigkeiten stellen.

704 **Schule muss Wege offen halten**

705
 706 Schüler*innen aus problembelasteten Familien stehen beim Schulbesuch oft vor
 707 besonderen Herausforderungen, die sich in der Pubertät oft potenzieren –
 708 ausgerechnet wenn der erste oder der mittlere Schulabschluss anstehen. Kinder und
 709 vor allem Jugendliche, die nach Deutschland geflüchtet sind, können oft in den
 710 wenigen Jahren bis bei ihnen der Schulabschluss ansteht nicht die deutsche Sprache
 711 lernen und gleichzeitig die Leistungen abrufen, die ihnen eigentlich möglich wären.
 712 Um diesen Kindern und Jugendlichen eine zweite Chance auf einen Schulabschluss zu
 713 ermöglichen, setzen wir uns für ein Schulrecht ein – auch jenseits von Schul- und
 714 Berufsschulpflicht. Jede*r Heranwachsende in Schleswig-Holstein muss die
 715 Möglichkeit erhalten, in seinem oder ihrem Leben mindestens 9 Jahre eine

716 ordentliche Schule besucht zu haben.
 717 Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Eltern, die nicht in der Lage sind, ihren
 718 Kindern ausreichend im Schulalltag zu helfen, mehr Unterstützung erfahren. Dazu ist
 719 eine Erweiterung der Bildungsarbeit für die Eltern erforderlich.

720 **Demokratie und Vielfalt wagen**

721 Demokratie, Vielfalt und Selbstbestimmung müssen früh erlernt werden. Wir wollen
 722 Kinder von Beginn an mitbestimmen lassen, etwa durch altersgerechte
 723 Feedbackformate. Angemessene Demokratieprojekte sollen in den Kitas und allen
 724 Schulformen ein festes Angebot sein, damit Kinder und Jugendliche die Vielfalt der
 725 Gesellschaft, unterschiedliche Lebensentwürfe und die Pluralität von Meinungen
 726 schätzen lernen. Wir werden Projekte unterstützen, die das Ziel einer kritischen
 727 Reflektion von Geschlechterrollen unter Jugendlichen haben.

728 Politische Bildung ist, gerade in Zeiten erstarkender rechtspopulistischer
 729 Parteien, für das Mitwirken an demokratischen Prozessen und das Gelingen von
 730 Demokratie unverzichtbar. Deshalb wollen wir das Thema politische Bildung und
 731 Demokratiebildung an den Schulen in allen Jahrgängen verankern. Der
 732 Landesbeauftragte für politische Bildung spielt dabei eine hervorgehobene Rolle. Er
 733 hat mit Angeboten für Jugendliche – wie „jung und wählerisch“ und mit den
 734 „Demokratietagen“ – gemeinsam mit Schulen richtungsweisende Formate entwickelt, die
 735 durch neue Projekte und Unterrichtsmodule auszubauen sind. Dafür bedarf es einer
 736 besseren Finanzierung des Landesbeauftragten für politische Bildung um eine noch
 737 bessere Ausgestaltung seiner Arbeit zu ermöglichen.

738 **Gesunde Schule**

739 Viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene verbringen viel Zeit in der Schule. Wir
 740 sorgen uns um den Krankheitsstand bei Lehrkräften und um Kindern und Jugendlichen,
 741 die in der Schule mehr Stress erleben, als ihnen gut tut. Wir werden die
 742 vielfältigen Ursachen für Stress im Schulleben genau untersuchen und Maßnahmen
 743 dagegen vorschlagen. Den Bildungsdialog werden wir fortführen und das Thema
 744 „Gesunde Schule“ in den Mittelpunkt stellen. Zur „Gesunden Schule“ gehört auch die
 745 Verpflegung mit ausgewogenen und nahrhaften Lebensmitteln, die zudem aus der Region
 746 kommen und dem Saisonangebot entsprechen.

747 **1) „Nur was man kennt, schützt man auch“ - Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung stärken**

749 Wir werden die schulische und außerschulische Umweltbildung im Sinne der Bildung
 750 für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärken - auch mit Angeboten für Erwachsene.
 751 Naturkenntnis, das Wissen um ökologische Zusammenhänge der Land- und
 752 Meereslebensräume, globale Entwicklungen und um Auswirkungen des eigenen Handelns
 753 sehen wir als bedeutende Schlüsselkompetenzen an. Gerade junge Menschen wollen wir
 754 stärker befähigen ihre Zukunft aktiv mitzugestalten.

755 Wir werden die engagierten Vereine und Verbände im Land stärker unterstützen und
 756 dabei insbesondere auch die kleinen, aktiven Jugendverbände besser fördern.

757 Neben der Erweiterung von entsprechenden Angeboten für angehende Lehrer*innen in
 758 der Ausbildung wollen wir dem Naturerleben in Kitas und Schulen durch
 759 Unterrichtseinheiten im Gelände eine höhere Bedeutung einräumen.

760 Außerdem wollen wir Kinder und Jugendliche durch neue digitale Angebote für Natur
 761 und ihre Umwelt begeistern. Dazu werden wir prüfen, wie ein landesweites Netzwerk
 762 aus Museen, Umweltzentren und Jugendverbänden aufgebaut werden kann.

763 **Schwimmen lernen**

764 Jede*r zweite junge Schleswig-Holsteiner*in lernt nicht mehr schwimmen. In vielen
765 Schulen ist qualifizierter Schwimmunterricht auf Grund fehlender Schwimmstätten
766 nicht möglich. Wir wollen ein Programm auflegen, damit alle Kinder schon in der
767 Grundschule schwimmen lernen können. Wir unterstützen die Kommunen beim Erhalt
768 ihrer öffentlichen Bäder. Als ersten Schritt werden wir den Förderzeitraum für die
769 Sanierung kommunaler Schwimmsportstätten verlängern und die Fördermittel
770 entsprechend anpassen.

771 **Religionsunterricht gehört dazu**

772 Unsere Schulen sind Orte der Vielfalt. Das sollte sich noch stärker bei den
773 Angeboten zu Religionsunterricht und Ethik zeigen. Wenn wir die Vielfalt ernst
774 nehmen, müssen wir auch in diesem Bereich Angebote schaffen. Solange die
775 christlichen Kirchen, denen der konfessionelle Religionsunterricht zugesichert ist,
776 keinen konfessionsübergreifenden Unterricht wie in Hamburg anstreben, müssen wir
777 gleichberechtigt auch andere Angebote schaffen. Dazu gehört mehr staatlicher
778 Islamunterricht durch Lehrer*innen, die an deutschen Hochschulen für den Unterricht
779 von Kindern muslimischen Glaubens ausgebildet sind.

780 **Die Schule im Dorf lassen**

781 Kleinen Grundschulen haben wir es ermöglicht, dass sie im Dorf bleiben können.
782 Weiterhin gilt: Kurze Beine – kurze Wege. Aber die Schüler*innenzahlen sinken auch
783 an einigen weiterführenden Schulen. Hier gilt das Argument der kurzen Beine nicht,
784 vielmehr liegt ein Schwerpunkt auf einem fachlichen und vielfältigen Angebot. Zwar
785 haben wir auch dort die Mindestgröße auf 240 Schüler*innen gesenkt, aber so nicht
786 alle Probleme gelöst.

787 Wir wollen, dass es auch im ländlichen Raum erreichbare Angebote für die
788 Sekundarstufe gibt und sehr lange Fahrtwege für Schüler*innen vermieden werden.

789 Es ist ein Landesausschuss einzurichten, in dem ein- bis zweimal pro Jahr
790 kreisübergreifend und frühzeitig über Schwierigkeiten aufgrund der demografischen
791 Entwicklung beraten werden kann.

792 **Gemeinschaftsschulen mit praktischer Orientierung entwickeln**

793 Viele Gemeinschaftsschulen haben eine besondere Praxisorientierung. Mit der
794 Stärkung von Flex- und Praxisklassen, der Kooperation mit Werkstätten der
795 beruflichen Schulen und Unternehmen, mit Schüler*innenfirmen und einem
796 anspruchsvollen Technikprofil können diese Schulen punkten. Wir wollen
797 Gemeinschaftsschulen neben einer ausreichenden Versorgung auch mit gymnasialen
798 Lehrkräften, um Schüler*innen auf das Abitur vorzubereiten, ebenso in dieser
799 "praktischen Orientierung" fördern, um so passgenaue Schulprofile für verschiedene
800 Bedarfe zu ermöglichen. Bei einer solchen Orientierung spielen Coaches, die
801 Jugendliche in den Schulen frühzeitig und individuell beruflich beraten, eine
802 wichtige Rolle. Wir setzen auf Lernen in der Praxis und individuelle Begleitung.
803 Die entsprechenden Maßnahmen wollen wir verstärken, um auch die
804 Schulabbrecher*innenquote zu senken.

805 **Freie Schulen sind unsere Partner mit frischen Ideen**

806 In den vergangenen Jahren haben wir die Förderung von Schulen in freier
807 Trägerschaft auf eine neue Grundlage gestellt und erstmals seit dem Jahr 2000
808 spürbar verbessert sowie der tatsächlichen Kostenentwicklung angepasst. Schulen in

809 freier Trägerschaft sind eine Bereicherung unserer Schullandschaft. Etliche
810 Kolleg*innen aus öffentlichen Schulen hospitieren dort. Viele Ideen werden in
811 Schulen freier Trägerschaft ausprobiert und gehen im öffentlichen Bereich in Serie.

812 Wir wollen die Rahmenbedingungen auch in den freien Schulen weiter verbessern,
813 damit sie sich leichter den Aufgaben von Inklusion und der Integration von
814 Flüchtlingen widmen können.

815 **Aus- und Weiterbildung unserer Lehrer*innen besser gestalten**

816 Gerade weil das Lehramt anspruchsvoll ist, haben wir die Lehrkräfteausbildung
817 modernisiert und wollen nun prüfen, wie wir an unseren Hochschulen Eignungstests
818 für Lehramtsstudierende einführen können. Die Testergebnisse sollen nicht bindend
819 sein, den Studierenden aber Hinweise zur Studienwahl geben.

820 Mit uns wird es keine Rückabwicklung des Lehrkräftebildungsgesetzes geben. Wir
821 wollen die sich in Umsetzung befindlichen Lehramtskonzepte an unseren Hochschulen
822 weiter unterstützen. Dies gilt insbesondere für die Umsetzung des Praxissemesters
823 und den Weiterbildungsmaster für Sekundarstufe I-Lehrkräfte.

824 Die Weiterbildung unserer Lehrkräfte wollen wir ausbauen, auch um in Mangelfächern
825 Engpässen vorzubauen. Wir werden durch Aufbaustudiengänge Lehrkräften und
826 Absolvent*innen der Kombistudiengänge der Europa-Universität Flensburg ermöglichen,
827 sich für die Sekundarstufe II zu qualifizieren. Es sind weitere Maßnahmen gegen den
828 Lehrkräftemangel auf den Weg zu bringen. Vor allem Schulleitungen im ländlichen
829 Raum brauchen unsere Unterstützung. Wir wollen Menschen mit ausländischer
830 Qualifikation den Weg in die deutschen Schulen ebnen und einen
831 Sondereinstellungskorridor für Lehrkräfte in Mangelfächern eröffnen.

832 **Eigenständigkeit erwünscht**

833 Auch künftig sollen Schulen über ihre pädagogischen Methoden weitgehend selbst
834 entscheiden. Jede Lehrkraft tickt anders, deshalb ist Autonomie wichtig. Es obliegt
835 den Schulen, ob z.B. eine Grundschule die Abschlusszeugnisse notenfrei gestaltet
836 oder nicht, mit welcher Schule kooperiert wird, welche Profile angeboten werden, ob
837 jahrgangsübergreifend gearbeitet wird und wie der Umgang mit digitalen Medien zu
838 integrieren ist. Zur Autonomie gehören Standards, die umzusetzen sind,
839 bedarfsgerechte Evaluationen und Maßnahmen zur Qualitätssicherung. Weder die
840 Autonomie, noch das Qualitätsmanagement dürfen – wie in der Vergangenheit geschehen
841 – zu unangemessenem Mehraufwand in den Schulkollegien führen.

842 **Schulentwicklungsplanung für die Metropolregion Hamburg verwirklichen**

843 Wir haben große Fortschritte in Richtung einer freien Schulwahl in der
844 Metropolregion Hamburg gemacht und das Gastschulabkommen abgeschlossen. In der
845 kommenden Wahlperiode wollen wir die Kooperation mit Hamburg intensivieren. Ziel
846 bleibt eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit Hamburg für den Hamburger Rand
847 - auch im beruflichen Bereich. Anzustreben ist eine möglichst freie Schulwahl in
848 der Metropolregion, was für viele dort lebende Familien eine große Erleichterung
849 bedeutet. Eine solche Möglichkeit kreisübergreifender Schulentwicklungsplanung
850 werden wir in Zukunft auch für den Rest Schleswig-Holsteins prüfen und ggfs. in
851 Angriff nehmen.

852 **Lernen@Digital**

853 Der freie Zugang zu Wissen ist eine Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit. Um diese
854 Chance nutzen zu können, ist zunächst Wissen um den richtigen Umgang mit den Neuen
855 Medien notwendig. Medienkompetenz ist längst eine Schlüsselqualifikation. Moderne

856 Schulen brauchen zeitgemäße Methoden und digitales Lernen gehört heute unbedingt
857 dazu. Auf diesem Weg wollen wir die Schulen unterstützen und begleiten, u.a. durch
858 Ergänzungen in der Lehrer*innenaus- und -fortbildung, im Vorbereitungsdienst und
859 mit außerschulischen Partnern.

860 Wir werden mit den kommunalen Spitzenverbänden und Schulträgern nach Lösungen
861 suchen, wie die IT-Infrastruktur auf einen landesweit vergleichbaren, hohen
862 Standard gebracht werden kann. Die Wartung der Hard- und Software kann nicht – wie
863 an einigen Schulen noch üblich – engagierten Lehrer*innen und Schüler*innen
864 zugemutet werden. Dies ist die Aufgabe qualifizierter Schultechniker*innen. Für
865 finanzschwache Schüler*innen brauchen wir Angebote, damit nicht der Geldbeutel über
866 die Teilhabe entscheidet.

867 Das Internet bietet einfachen Zugang zu Fakten und Wissen – das Lernen entwickelt
868 sich weiter. Interdisziplinäre Medienbildung und Informatikunterricht müssen
869 obligatorisch für alle Schüler*innen an weiterführenden Schulen werden. Um das zu
870 leisten, sind zügig Lehrkräfte aus- und fortzubilden und die technischen
871 Möglichkeiten an den Schulen zu fördern. Internetzugang muss an allen Schulen in
872 Schleswig-Holstein für alle Schüler*innen möglich sein. Die Vermittlung digitaler
873 Kompetenz darf aber nicht einfach „On Top“ zu den bisherigen Curricula (Lehrplänen)
874 gelegt werden. Die Einführung eines Medienpasses wollen wir prüfen. Er kann dafür
875 sorgen, dass alle Schüler*innen die Medien kritisch und praktisch beherrschen.
876 Unser Ziel bleibt darüber hinaus die möglichst lebenslange Vermittlung von
877 Medienkompetenz.

878 Schleswig-Holstein braucht eine Landesstrategie für Open Educational Resources
879 (frei zugängliche Lehrmaterialien).

880 **Auf den Punkt**

- 881 • *Wir werden* dafür sorgen, dass alle Schulen 100 Prozent Unterricht geben
882 können und den "Bildungsbonus" einführen,
- 883 • weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität ergreifen,
- 884 • mehr pädagogisches Fachpersonal für Inklusion einstellen und
885 Integrationsangebote ausbauen,
- 886 • dafür eintreten, dass finanzielle Hindernisse Zuhause nicht zur
887 Bildungsbremse werden,
- 888 • Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung in Schulen und durch aktive Vereine
889 stärken und uns für "Gesunde Schulen" einsetzen,
- 890 • Ganztagsangebote ausbauen und Schulen im ländlichen Raum stärken,
- 891 • für mehr altersgerechte Demokratie und Vielfalt an Schulen sorgen,
- 892 • Schulen Freiraum und Ruhe geben, damit vor Ort an der Schulqualität
893 gearbeitet werden kann,
- 894 • digitales Lernen fördern.

895 **Berufliche Bildung / Beim direkten Weg von der Schule in die**
896 **Ausbildung dürfen wir keinen Jugendlichen zurücklassen**

897 Unser Ziel ist es, die Zahl der Jugendlichen deutlich zu erhöhen, die direkt nach
898 der Schule eine Ausbildung beginnen. Ausbildungsvorbereitende Maßnahmen wollen wir
899 zu ausbildungsqualifizierenden Bausteinen umbauen. Wir werden einen jährlichen
900 Projekttag der Gewerkschaften an Beruflichen Schulen einrichten. Ziel der
901 Projekttag soll neben der Vermittlung von Wissen über Arbeitnehmer*innenrechten
902 auch die Darstellung der Geschichte und Rollen deutscher Gewerkschaften sein.

903 **Berufs- und Studienorientierung intensivieren**

904 Die Berufs- und Studienorientierung (BSO) an allgemeinbildenden Schulen verstärken
905 wir und bauen die Kooperation zu Berufsschulen sowie Regionalen Bildungszentren
906 (RBZ) aus. Berufsschullehrkräfte haben durch den engen Kontakt mit Betrieben und
907 Innungen einen größeren Überblick über Ausbildungsberufe und Ausbildungssituation
908 als viele Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen. Deshalb prüfen wir, wie
909 Berufsschullehrkräfte die allgemeinbildenden Schulen in der Berufsorientierung
910 unterstützen können.

911 **Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen einführen**

912 Immer noch befinden sich jährlich mehr als 7.000 Jugendliche in
913 ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen. Hier besteht Handlungsbedarf für Politik und
914 Sozialpartner. Wir brauchen ein qualifizierendes, aufeinander aufbauendes System
915 für Jugendliche, die nach der Schule keinen Ausbildungsplatz bekommen. Wir wollen
916 das Konzept der Ausbildungsgarantie in Schleswig-Holstein umsetzen. Damit bekommt
917 jede*r Jugendliche die Chance auf einen Ausbildungsplatz im Betrieb oder
918 betriebsnah in den beruflichen Schulen beziehungsweise bei freien Trägern.

919 **Azubirechte verankern**

920 Die Ausbildungsreport des DGB zeigt regelmäßig Mängel in den Ausbildungsberufen
921 auf. Fehlende Ausbildungspläne, immer häufigere und regelmäßige Überstunden sowie
922 schlechte Bezahlung sind in vielen Ausbildungsberufen ein Problem. Wir Grüne setzen
923 uns für Mindestausbildungsvergütungen und wirksame Kontrollen der
924 Ausbildungsbetriebe ein. Ähnlich wie für Studierende fordern wir für Azubis ein
925 preisgünstiges Azubiticket.

926 **Dem Fachkräftemangel an beruflichen Schulen entgegenwirken - Modellstudiengänge**
927 **einrichten**

928 Auch an den berufsbildenden Schulen wollen wir eine Unterrichtsversorgung von 100
929 Prozent erreichen. Um den Lehrkräftebedarf an beruflichen Schulen zu decken, vor
930 allem im gewerblich-technischen Bereich, brauchen wir neue Einstiegsmodelle. Dazu
931 werden wir modellhaft Masterstudiengänge einrichten und Konzepte mit dem
932 Landeseminar Berufliche Bildung sowie dem Berufsbildungsinstitut Arbeit und
933 Technik an der Europa-Universität Flensburg entwickeln.

934 **Jugendberufsagenturen im ganzen Land etablieren**

935 Wir haben erreicht, dass in fünf Modellregionen in Schleswig-Holstein
936 Jugendberufsagenturen eingerichtet werden und haben dafür 200.000 Euro
937 bereitgestellt. Ein Anfang ist gemacht, weitere Kreise und kreisfreie Städte wollen
938 dieses Konzept umsetzen. Wir werden die flächendeckende Einführung von
939 Jugendberufsagenturen unterstützen. Sie bieten die Chance, dass viele Jugendliche
940 durch intensive Beratung und Begleitung an einem Ort den direkten Weg von der
941 Schule in die Ausbildung finden.

942 **RBZ und berufliche Schulen unterstützen die Integration von Geflüchteten**

943 Berufliche Schulen und Regionale Berufsbildungszentren (RBZ) übernehmen wichtige
 944 Arbeit bei der Integration von jungen Flüchtlingen. Sie begleiten die Migrant*innen
 945 zu Beginn in Sprachklassen, danach auf ihrem Weg in Ausbildung und Beruf –
 946 unabhängig von der Herkunft. Für diese Aufgabe haben wir zusätzliche Ressourcen
 947 bereitgestellt. Wir wollen die Möglichkeiten der Kooperation mit freien Trägern und
 948 der Bundesagentur für Arbeit jetzt erweitern, um jungen Flüchtlingen über 18 Jahren
 949 Sprachunterricht und Ausbildungsvorbereitung zu eröffnen. Das für alle leisten zu
 950 können, braucht zusätzliche Mittel des Bundes, um das für alle leisten zu können,
 951 braucht es zusätzliche Mittel des Bundes und eine schulrechtliche Regelung, die es
 952 Geflüchteten über 18 Jahre ermöglicht, eine Berufsschule zu besuchen.

953 **Berufliche Bildung stärken – Kräfte bündeln in einem Schleswig-Holsteinischen 954 Institut für berufliche Bildung (SHIBB)**

955 In Schleswig-Holstein besuchen mehr als 90.000 Schüler*innen Berufsbildende Schulen
 956 in unterschiedlichen Bildungsgängen. Diese Institutionen spielen eine wichtige
 957 Rolle beim Übergang von der Schule in den Beruf, bei der Berufsausbildung (duale
 958 und vollzeitschulische Berufsausbildungen), beim Erreichen des Abiturs und in der
 959 beruflichen Weiterbildung. Wir werden die berufliche Bildung an den Schulen sowie
 960 die Aus- und Fortbildung der Berufsschullehrkräfte stärken. Dazu brauchen wir die
 961 Bündelung der Ressourcen aus den verschiedenen Ministerien und dem Landesseminar im
 962 fachlichen und personellen Bereich sowie die Einbindung von Sozialpartnern und
 963 Schulträgern. Die Gründung eines eigenständigen Schleswig-Holsteinischen
 964 Landesinstituts für Berufliche Bildung (SHIBB) haben wir bereits angestoßen.

965 **RBZ-Prozess voran bringen**

966 Die beruflichen Schulen müssen flexibel auf neue Herausforderungen reagieren, z.B.
 967 mit Sprachklassen und einer Ausbildungsvorbereitung für Flüchtlinge, über
 968 Veränderungen in den Ausbildungsberufen und mit Angeboten für Fort- und
 969 Weiterbildung. Die Struktur ist als Anstalt öffentlichen Rechts dafür optimal, da
 970 sie regionale Berufsbildungszentren autonomer macht.

971 **Auf den Punkt**

- 972 • *Wir werden* Jugendberufsagenturen flächendeckend aufbauen,
- 973 • dem Fachkräftemangel an Beruflichen Schulen begegnen,
- 974 • ein Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung (SHIBB)
 975 etablieren,
- 976 • allen Jugendlichen Ausbildung anbieten.

977 **Hochschulen / Wir fördern unsere Leuchttürme des Wissens**

978 Für unsere Hochschulen haben wir viel erreicht. Während in der schwarz-gelben
 979 Regierungszeit Kürzungen und Dialogverweigerung auf der Tagesordnung standen, geht
 980 es mit der Küstenkoalition für die Hochschulen voran. Wir GRÜNE waren treibende
 981 Kraft bei den Reformen in der Hochschulpolitik und der Verbesserung der
 982 finanziellen Lage unserer Hochschulen.

983 Immer mehr junge Menschen studieren z.B. in Elmshorn, Flensburg, Heide, Kiel und
 984 Lübeck. Davon profitieren Städte und Umland. Von den Hochschulen kommen starke
 985 Impulse für Zukunftsgestaltung in Schleswig-Holstein. Die Hochschulanbindung aller
 986 Oberzentren und weiterer Mittelzentren wird darum von uns unterstützt. Deshalb

987 werden wir GRÜNE unsere Hochschulen wie geplant ausbauen und finanziell stärken.
 988 Unsere erfolgreiche Hochschul- und Wissenschaftspolitik werden wir fortsetzen und
 989 fortwährend mit allen universitären Statusgruppen evaluieren.

990 Schleswig-Holstein befindet sich auf dem Weg, ein Wissenschaftsland mit
 991 Alleinstellungsmerkmalen zu werden. Statt großer Gesetzesnovellierungen werden wir
 992 an konkreten Projekten mit den Hochschulen daran arbeiten, ihre Profile weiter zu
 993 stärken. Kooperationsprojekte untereinander und mit anderen Wissenschafts- und
 994 Forschungseinrichtungen im norddeutschen Raum haben Priorität.

995 **Mehr Ressourcen für unsere Hochschulen bereitstellen**

996 Wir GRÜNE unterstützen den Ausbau der Hochschulen auch über den doppelten
 997 Abiturjahrgang und das Studierendenplateau 2019 hinaus.

998 Wir haben mit einem anwachsenden Finanzierungsmodell die Grundhaushalte der
 999 Hochschulen gestärkt sowie die Finanzierung des Hochschulpakts III mit rund 240
 1000 Millionen Euro und dessen Verstetigung nach 2020 zugesagt. In der nächsten
 1001 Wahlperiode werden wir die beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der universitären
 1002 Grundhaushalte umsetzen. Wir wollen unsere Hochschulen weiter finanziell stärken um
 1003 die Unterfinanzierung der Hochschulen im bundesweiten Vergleich weiter abzubauen
 1004 und innovative Studiengänge auf den Weg bringen zu können. . Besonders haben wir
 1005 die Verbesserung der Betreuungsrelation in den Studiengängen im Blick. Kleine und
 1006 "exotische" Fächer nehmen für uns eine hervorgehobene Position in der
 1007 differenzierten Hochschullandschaft ein und liegen uns sehr am Herzen. .

1008 Wir stellen die Mittel zur Sanierung der in die Jahre gekommenen Gebäude bereit.
 1009 Die Küstenkoalition hat die Mittel für Hochschulen spürbar aufgestockt.

1010 Viele Rahmenbedingungen in der Hochschulpolitik liegen in der Verantwortung des
 1011 Bundes. Wir wollen einerseits unsere Hochschulen bei der Bewerbung in bundesweiten
 1012 Wettbewerben unterstützen, beispielsweise bei der Exzellenzstrategie und den Pakten
 1013 für Innovations- und Nachwuchsförderung, andererseits politische Initiativen auf
 1014 Bundesebene entwickeln.

1015 **Faire Beschäftigung und Vereinbarkeit fördern**

1016 Der Bund muss nach dem Wegfall des Kooperationsverbots für den Wissenschaftsbereich
 1017 stärker in die Grundfinanzierung aller Hochschulen einsteigen und die notwendigen
 1018 Infrastrukturen des Wissens über ein Bundesprogramm fördern.

1019 Durch die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ist der Rahmen für bessere
 1020 Arbeitsbedingungen mit weniger Kettenverträgen für junge Wissenschaftler*innen
 1021 besser geworden. Wir wollen durch weitere Reformen im Bund die prekäre
 1022 Beschäftigungssituation des wissenschaftlichen Mittelbaus weiter angehen. Wir
 1023 werden darauf achten, dass sich die Hochschulen Verhaltenskodizes für gute
 1024 Beschäftigungsverhältnisse insbesondere für befristet Beschäftigte geben.

1025 Gleichzeitig werden wir die Gleichstellung von Frauen an der Hochschule
 1026 vorantreiben und die Berufung von mehr Professorinnen unterstützen. Dazu gehört
 1027 auch, die Vereinbarkeit von Forschung, Lehre und Familie weiter zu verbessern und
 1028 familienfreundliche Rahmenbedingungen bereits für das Studium sowie die Promotion
 1029 und Habilitation zu schaffen.

1030 **Fundament stützen – soziale Infrastruktur ausbauen**

1031 Die soziale Infrastruktur mit Beratungs- und Kulturangeboten, Mensen und Wohnheimen
 1032 ist zentrales Element für ein gerechtes Hochschulstudium. Das Studentenwerk leistet

1033 dazu wichtige Arbeit. Wir haben das Studentenwerk in den vergangenen Jahren durch
1034 Bauprojekte und beim Personal gestärkt. Uns ist aber bewusst, dass wir bei den
1035 Beratungsangeboten und der Schaffung von günstigem Wohnraum weitere Hausaufgaben zu
1036 erledigen haben. Neben eigenen Initiativen erwarten wir vom Bund, soziale
1037 Infrastruktur endlich als Teil des Hochschulpakts zu realisieren. Wir sehen mit
1038 Sorge, dass finanzielle Probleme und unzureichende soziale Absicherung, Stress,
1039 Wohnraumnot, Mobilitätsbedürfnisse, sanierungsbedürftige Hochschulen und der Druck,
1040 digital voll ausgerüstet zu sein, für die Studierenden extreme Herausforderungen
1041 darstellen und die Anforderungen im Studium selbst überlagern.

1042 Gemeinsam mit den Hochschulstädten müssen die Initiativen für mehr günstigen
1043 Wohnraum ausgebaut werden. Das Studentenwerk Schleswig-Holstein ist dabei unser
1044 Partner und wird von uns unterstützt. Wir begünstigen den Bau integrierter
1045 Wohnheime auf den Hochschulcampi. Studentisches Wohnen wird mit Unterkünften für
1046 Geflüchtete kombiniert.

1047 Unbestritten muss das BAföG reformiert werden und sollte mittelfristig in ein
1048 elternunabhängiges Bildungseinkommen nach Vorbild der dänischen
1049 Ausbildungsförderung (Statens Uddannelsesstøtte) umgewandelt werden.
1050 Stubiengebühren lehnen wir weiterhin ab.

1051 Um die umweltfreundliche und bezahlbare Mobilität der Studierenden und
1052 Kooperationen zwischen den Hochschulen zu ermöglichen, setzen wir uns in
1053 Verhandlungen mit den Verkehrsbetrieben für ein landesweites Semesterticket zu
1054 günstigen Konditionen für die Studierenden ein. Die Finanzierung erfolgt aus den
1055 Gemeindeverkehrsfinanzierungsmitteln des Landes.

1056 **Nachhaltigkeit, Klimaschutz und innovative Ideen fördern**

1057 An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen gibt es viele Projekte, die sich
1058 mit Klimaschutz, regenerativer Energie und Nachhaltigkeit beschäftigen. Bereiche,
1059 die nicht im Kieler GEOMAR abgedeckt werden können, wollen wir in einem
1060 Forschungsverbund stärker zusammenführen und unterstützen: Ein
1061 klimawissenschaftlicher und ökologischer Forschungsverbund, der über die Grenzen
1062 unseres Bundeslandes hinaus Erkenntnisse und Ideen liefert.

1063 Darüber hinaus werden wir unsere Hochschulen unterstützen, Nachhaltigkeit zum
1064 Leitmotiv ihrer Arbeit zu machen. Dies soll insbesondere durch die Förderung
1065 interdisziplinärer Projekte geschehen, in denen Natur- und Kulturwissenschaftler
1066 gemeinsam forschen und lehren und starke Akzente setzen. Unsere Hochschulen müssen
1067 gerade im Bereich der Nachhaltigkeit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht
1068 werden. Hier wurden bereits von den Projekten "Yooweedoo" und "Zukunftsmacher"
1069 Zeichen gesetzt.

1070 Dasselbe gilt auch für wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge, die wir um
1071 Alternativen zum neoklassischen Angebot ergänzen wollen - die dem Menschen dienen
1072 und von der Ökologie her denken. Wir werden Anreize schaffen, damit die Hochschulen
1073 neue innovative Studiengänge entwickeln. Das würde Schleswig-Holstein noch
1074 attraktiver für Studierende machen.

1075 Hochschule und Wissenschaft haben Vorbildcharakter in vielen gesellschaftlichen
1076 Bereichen, auch bei der Bekämpfung des Klimawandels. An den Hochschulen im Land
1077 arbeiten und studieren viele tausend Menschen. Die Christian-Albrechts-Universität
1078 zu Kiel hat bereits ein Konzept erarbeitet, wie sie bis 2030 eine klimaneutrale
1079 Hochschule wird. Wir wollen mit allen Hochschulen und den jeweiligen

1080 Hochschulstädten in der nächsten Wahlperiode Konzepte erarbeiten und auf
1081 bestehenden aufbauen.

1082 Schleswig-Holstein hat exzellente außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die in
1083 weiten Teilen gut mit den Hochschulen kooperieren. Im bundesweiten Vergleich sind
1084 es aber noch zu wenig. Wir setzen uns dafür ein, dass in der kommenden Wahlperiode
1085 unter Beteiligung von Bund und Ländern mehr außeruniversitäre
1086 Forschungseinrichtungen in unser Land kommen. Die Diskussionen über ein Zentrum auf
1087 dem Kieler Campus oder zum grenzüberschreitenden Energiezentrum auf dem Flensburger
1088 Campus unterstützen wir.

1089 **Hochschulen und Startups zusammenbringen**

1090 Unsere Hochschulen sind Keimzellen für neue Ideen. Bereits jetzt entstehen welche,
1091 die zu Ausgründungen führen. Studierende machen sich mit innovativen Projekten
1092 selbstständig. Wir wollen Gründerzentren an allen Hochschulcampi im Land ausbauen
1093 und stärken.

1094 Es gilt, die Wirtschaftsförderung des Landes stärker auf Nachhaltigkeit und
1095 Innovation auszurichten.

1096 Gemeinsam mit Gründungszentren, Wirtschaftsverbänden, Handelskammern, Hochschulen
1097 und Startups wollen wir ein Gründerstipendium entwickeln, mit dem Gründer*innen in
1098 skandinavischen und baltischen Ländern Erfahrungen sammeln können.

1099 Gerade sozial-ökologische Ausgründungen mit, nachhaltigen Geschäftsideen werden wir
1100 im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsförderung beim Übergang von der Hochschule in
1101 die Geschäftswelt unterstützen. Das gilt auch für den weiteren Ausbau des
1102 Technologietransfers zwischen Hochschulen und Wirtschaft.

1103 **Individuelle Beratung und Verbesserung der Studienqualität**

1104 Hohe Abbruchquoten von Studierenden, Verschulung der Lehre und der gleichzeitige
1105 Wunsch nach kritischer Bildung mit stärkerer und schnellerer Berufsqualifizierung –
1106 die Erwartungen an gute Lehre und ein qualitativ anspruchsvolles Studium gehen weit
1107 auseinander.

1108 Wir GRÜNE wollen im Konsens mit den Hochschulen die Studieneingangsphase durch das
1109 Erproben unterschiedlicher Modelle wie etwa dem "Studium Generale" fortentwickeln.
1110 So können Studierende interdisziplinär Kompetenzen erlangen und sich im ersten
1111 Studienjahr umfassend orientieren.

1112 Wir wollen die Studierenden bei ihrer Studienwahl und im Studienverlauf durch neue
1113 Instrumente und eine passgenaue Studienberatung stärker unterstützen. Der "Numerus
1114 Clausus" als zentrales Element der Zulassungsbeschränkung muss weiter durch die
1115 Entwicklung von Alternativen pro Studiengang ergänzt werden. Um Studierende bei
1116 ihrer Studienentscheidung und bei eventuellen Studienwechseln besser zu begleiten,
1117 setzen wir uns für eine Stärkung der Studienberatungen ein.

1118 Bereits bestehende Instrumente zur Orientierung, wie ein Probestudium parallel zum
1119 Freiwilligendienst, der Arbeit oder der Oberstufe, werden wir auf alle Hochschulen
1120 im Land ausweiten.

1121 Innovative, kompetenzorientierte Lehr- und Prüfungsangebote sind zu fördern. Dabei
1122 ist besonders die Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Lernenden zu
1123 verbessern.

1124 Wir unterstützen die Hochschulen dabei, auch sieben- bis achtsemestrige Bachelor-
1125 Studiengänge anzubieten und setzen uns für eine Flexibilisierung der jetzigen
1126 Obergrenze von zehn Semestern für einzelne Studiengänge ein.

1127 **Promotionen für FH-Absolvent*innen ermöglichen, Qualifikationen und Abschlüsse**
1128 **anerkennen**

1129 Mit dem in der vergangenen Legislaturperiode geschaffenen Promotionskolleg haben
1130 wir die Grundlage für Promotionen an Fachhochschulen gelegt. Dieses Instrument
1131 wollen wir gemeinsam mit Fachhochschulen und Universitäten überprüfen und
1132 fortentwickeln, damit es noch genauer zur Situation in forschungsstarken
1133 Fachbereichen an Fachhochschulen passt, ohne die starke Stellung der Universitäten
1134 zu schwächen.

1135 Wir werden Geflüchtete mit Hochschulzugangsberechtigung unterstützen, ein Studium
1136 bei uns im Land aufzunehmen. Wer die Einschreibung in eine Hochschule schafft, darf
1137 nicht an der Studienförderung scheitern. Es muss selbstverständlich sein, nach drei
1138 Monaten Aufenthalt in Deutschland Leistungen nach dem
1139 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten zu können. Eine entsprechende
1140 Bundesratsinitiative werden wir auf den Weg bringen. Die vielen erfolgreichen
1141 Projekte an unseren Hochschulen werden wir weiterhin finanziell fördern.

1142 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.113: LTW-Programm - GERECHT](#)**

1143 Wir werden Geflüchtete mit Hochschulzugangsberechtigung unterstützen, ein Studium
1144 bei uns im Land aufzunehmen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein Studium
1145 künftig als Grund für eine sogenannte "Umverteilung" anerkannt wird. Die vielen
1146 erfolgreichen Projekte an unseren Hochschulen werden wir weiterhin finanziell
1147 fördern.

1148 Wer als Geflüchtete*r mit Qualifikationen nach Deutschland kommt, soll sie auch
1149 nutzen können. Dabei sind Fähigkeiten wichtiger als Papiere. Wir brauchen eine
1150 frühzeitige Erkennung von beruflichen Kompetenzen der Migrant*innen und einen
1151 gerechten Zugang zu Bildungsangeboten. Die Unterstützung bei der Berufssuche kann
1152 aber nicht nach dem ersten Profiling abgeschlossen sein, da Geflüchtete ihre
1153 beruflichen Qualifikationen, Wünsche und Ausbildungsziele mitunter erst besser
1154 darlegen können, wenn sie sich sozial und mental stabilisiert haben.

1155 **Vielfalt und Weltoffenheit gehört an unsere Hochschulen**

1156 Bildungsaufsteiger*innen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit
1157 Behinderung, Ältere, Flüchtlinge und LGBTQI-Menschen (Lesbian, Gay, Bi, Trans,
1158 Queer, Inter) sind in den vergangenen Jahren in den Fokus unserer Hochschulen
1159 gekommen. Für alle soll an unseren Hochschulen Platz sein. Diskriminierungen im
1160 Alltag wollen wir weiterhin entschieden begegnen und Förderprogramme, spezielle
1161 Aufnahmetests und Beratungsangebote ausbauen.

1162 Wir unterstützen Deutschkurse für Geflüchtete und Qualifizierungsangebote für
1163 bislang benachteiligte Gruppen weiterhin finanziell.

1164 Das ursprünglich geplante Konzept von Erstaufnahmen an den Hochschulstandorten soll
1165 im Sinne von Integrationshäusern verfolgt werden. Mit Landesunterstützung ist dort
1166 Wohnraum insbesondere für Zugezogene und Studierende zu schaffen.

1167 Auch eine stärkere Internationalisierung der Hochschulen steht auf unserer Agenda,
1168 etwa mit Auslandssemestern für Studierende, internationalen

1169 Wissenschaftskooperationen, mehrsprachigen Studienangeboten und dem Ausbau
1170 grenzüberschreitender Studiengänge.

1171 **Mitbestimmung und Partizipation sind Grundlage für mehr Autonomie**

1172 Wir GRÜNE wollen den Hochschulen mehr Autonomie geben. Wir werden weiterhin an
1173 einer gut ausgestalteten, auf die Hochschulen und ihre Aufgaben zugeschnittenen
1174 paritätischen Mitbestimmung arbeiten – für alle Statusgruppen (Professor*innen,
1175 Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, technisch-administrative
1176 Mitarbeiter*innen)

1177 In dieser Wahlperiode haben wir begonnen, die Zielvereinbarungen von
1178 Überregulierungen zu befreien. Es gibt keine jährlichen Berichtspflichten mehr. Den
1179 Hochschulen ist mehr Autonomie beim Bau ermöglicht. Wir wollen den
1180 Hochschulleitungen und Personalräten mehr Luft zum Atmen geben, indem wir ihnen
1181 mehr Freiheit bei der Personalplanung einräumen.

1182 **Kooperationsverbot abschaffen**

1183 Der Bildungsföderalismus hat sich nicht bewährt – er führt oft zu Kleinstaaterei.
1184 Die im Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist aufgrund
1185 der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder bislang nicht erreicht. Es gilt, das
1186 Kooperationsverbot aufzuheben, um dem Bund finanzielle und inhaltliche Mitwirkung
1187 an den Bildungsaufgaben zu erlauben.

1188 **Lernen – ein Leben lang**

1189 Angebote zur persönlichen, beruflichen, wissenschaftlichen und kulturellen
1190 Weiterbildung sind als vierte Säule im Bildungssystem ein wichtiger Bestandteil der
1191 Bildungslandschaft. Die Weiterbildungsträger und Hochschulen in Schleswig-Holstein
1192 bieten mit vielfältigen Kursen, Seminaren und Studiengängen umfassende
1193 Möglichkeiten zur Qualifizierung. Um passgenaue Angebote zu finden, ist eine
1194 individuelle, trägerunabhängige Beratung wichtig.

1195 Mit der gesetzlich verankerten Möglichkeit zur Bildungsfreistellung sowie dem
1196 Weiterbildungsbonus gibt es schon heute eine gute Basis für Angebote der
1197 allgemeinen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung. Diese Maßnahmen
1198 unterstützen wir GRÜNE weiterhin. Wir wollen mehr Arbeitnehmer*innen und Firmen für
1199 das Angebot der Bildungsfreistellung gewinnen und werden mit den Akteur*innen
1200 (Unternehmen, Träger und Mitarbeiter*innen, Selbstständige) Konzepte erarbeiten,
1201 wie dies gelingen kann.

1202 Volkshochschulen und Bibliotheken ergänzen die Weiterbildungslandschaft, sind mit
1203 ihrem breiten Angebot wichtige Partner in der Weiterbildung und in allen Regionen
1204 des Landes verankert. Wir wollen ihre Finanzierung sichern und die
1205 Weiterentwicklung zu digitalen Knotenpunkten unterstützen. Nutzer*innen finden hier
1206 freies WLAN und Angebote zur Fortbildung mit digitalen Medien. Sie werden zu
1207 zentralen Orten der Kommunikation, von Zusammenarbeit und Bildung, wie es in
1208 unserem Nachbarland Dänemark bereits vielerorts vollzogen ist. Durch ihr Engagement
1209 bei den Sprach- und Integrationskursen tragen sie zudem maßgeblich zur Integration
1210 der Flüchtlinge bei.

1211 14 Prozent unserer Bevölkerung können nicht ausreichend Lesen und Schreiben.
1212 Außerdem gibt es Bedarf an Angeboten, um Schulabschlüsse auch jenseits der
1213 Altersgrenze von 18 Jahren nachzuholen. Uns ist ein umfassendes Angebot an
1214 Grundbildungskursen wichtig. Deshalb wollen wir prüfen, wie wir die Angebote
1215 bedarfsgerecht gestalten können.

1216 Hochschule@Digital

1217 Moderne Hochschulen müssen auch bei der Digitalisierung Taktgeber für die
 1218 Gesellschaft sein. Digitalisierung bietet enorme Möglichkeiten des Austausches, der
 1219 Informationsgewinnung und -aufbereitung und ein hohes Potenzial für die weitere
 1220 Optimierung der Lehre. Selbstverständlich bleibt der persönliche Austausch
 1221 weiterhin für wissenschaftliche Diskurse wichtig. Voraussetzung ist der freie
 1222 Zugang zu Literatur und Forschungsergebnissen. Öffentlich finanzierte Forschung
 1223 soll für alle zugänglich sein. Deshalb unterstützen wir die Open-Access-Strategie
 1224 (offener Zugang zu wissenschaftlicher Literatur) der Landesregierung, die gemeinsam
 1225 mit Hochschulen und Wissenschaftsbibliotheken entwickelt worden ist. Sie muss in
 1226 der kommenden Legislaturperiode weiter ausgebaut werden.

1227 Für Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen wollen wir ein landesweites
 1228 Wissenschaftsnetz entwickeln. Die Rechenzentren der Hochschulen und
 1229 Forschungseinrichtungen sind zu verbinden.

1230 Im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung können und wollen viele
 1231 Studierende ihre Lernmodule weltweit zusammenstellen. Die Hochschulen müssen daher
 1232 neue Richtlinien zur gegenseitigen Anerkennung von Studienleistungen entwickeln.

1233 Online-Literatur, Online-Kurse und Flipped-Classroom-Angebote können Bibliothek und
 1234 Hörsaal als klassische Lernforen ergänzen, jedoch nicht ersetzen. Am Ende könnte
 1235 der physische Standort der Hochschule immer weniger von Bedeutung sein. Dieser
 1236 Trend setzt Ressourcen für bessere und individuellere Betreuung der Studierenden
 1237 frei.

1238 Bei diesen absehbaren Entwicklungen werden wir die Hochschulen gezielt unterstützen
 1239 und über die Zielvereinbarungen auffordern, die Auswirkungen der Digitalisierung
 1240 auf alle Fachbereiche zu überprüfen. Um sich auf die Herausforderungen der
 1241 Digitalisierung einzustellen, reicht die Forderung nach zusätzlichen Mitteln nicht
 1242 aus.

1243 Auf den Punkt

- 1244 • *Wir werden* unsere Hochschulen finanziell weiter stärken,
- 1245 • mit den Hochschulen ein landesweites Wissenschaftsnetz entwickeln,
- 1246 • sozial nachhaltige Ausgründungen unterstützen,
- 1247 • innovative Studiengänge fördern
- 1248 • das landesweite Semesterticket umsetzen,
- 1249 • uns für eine vollständige Abschaffung des Kooperationsverbots auf Bundesebene
 1250 einsetzen,
- 1251 • Angebote für lebenslanges Lernen weiterentwickeln und fördern.

1252 Finanzen / Gute Haushaltsführung ist eine Frage der 1253 Gerechtigkeit, kluger Entscheidungen und Ausgabendisziplin

1254 Maßstab für grüne Finanzpolitik ist die Generationengerechtigkeit. Immer mehr
 1255 Schulden einfach an die nächste Generation weiter zu reichen, stellt keine
 1256 tragfähige Lösung dar. Aber der Begriff Schulden umfasst mehr als nur
 1257 Haushaltszahlen. Eine einseitige Haushaltskonsolidierung, die zukünftige Haushalte
 1258 und Generationen durch fehlende Bildung, schlechte Daseinsvorsorge oder marode

1259 Infrastruktur belastet und in dieser Form Schulden ansammelt, ist keine
1260 Alternative. Sie gefährdet die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und spaltet die
1261 Gesellschaft.

1262 „Schleswig-Holstein ist auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung gut voran gekommen.
1263 Während im Jahr 2010 noch rund 1,3 Milliarden Euro neue Schulden aufgehäuft wurden
1264 haben wir für 2017 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt auf den Weg gebracht.
1265 Wir haben einen neuen Titel „Schuldentilgung“ in den Haushalt aufgenommen und
1266 planen für 2017 Schulden in Höhe von 47 Millionen Euro zurückzuzahlen. Schon 2013
1267 wie 2015 war es uns im Vollzug gelungen am Jahresende Haushaltsüberschüsse zu
1268 erwirtschaften. Wir wollen auch zukünftig ohne neue Schulden auskommen.“

1269 Es ist uns gelungen, als erste Landesregierung seit Jahrzehnten, Schulden abzubauen
1270 und gleichzeitig in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur zu investieren. Nur wer
1271 sich um gute Bildung kümmert und unsere Infrastruktur nicht verfallen lässt,
1272 handelt nachhaltig und generationengerecht.

1273 **Mit IMPULS unsere Infrastruktur sanieren**

1274 Zum ersten Mal haben wir eine ehrliche Bestandsaufnahme über den Sanierungsbedarf
1275 der Landesinfrastruktur vorgenommen und einen Abbauplan auch für diese Schulden
1276 vorgelegt. Mit unserem Infrastruktur-Sanierungsprogramm IMPULS haben wir zudem die
1277 notwendige rechtliche Grundlage geschaffen, dass künftig Haushaltsüberschüsse zur
1278 Sanierung der Infrastruktur eingesetzt werden können.

1279 Erstmals fließen 2016/17 insgesamt 100 Millionen aus dem Haushaltsüberschuss des
1280 Jahres 2015 in die Sanierung unserer Infrastruktur. Ab dem Jahr 2018 sollen es 150
1281 Millionen pro Jahr sein. Eine solide Finanzplanung, die gute Konjunktur und
1282 niedrige Zinsen sind eine gute Grundlage, um die finanziellen Herausforderungen
1283 auch in den nächsten Jahren zu meistern.

1284 **Soziale Daseinsvorsorge stärken – Kita, Schule, Wohnen, Kultur**

1285 Wir wissen, dass es noch viel zu tun gibt. Wir GRÜNE wollen die soziale Spaltung in
1286 unserem Land überwinden, Integration ermöglichen und den gesellschaftlichen
1287 Zusammenhalt neu organisieren. Dazu gehören gute soziale Daseinsvorsorge, Teilhabe,
1288 Investitionen in den Bildungsbereich und in den Wohnungsbau.

1289 **Wir versprechen nicht zu viel**

1290 Wir orientieren unsere Ausgaben an den Realitäten. Es ist klar, dass die
1291 Haushaltskonsolidierung auch in den nächsten Jahren eine eindeutige
1292 Schwerpunktsetzung erfordert. Wir GRÜNE nehmen diese Herausforderung an. Unser
1293 Wahlprogramm verspricht nicht mehr, als wir halten können. Zinsen können steigen
1294 und Steuereinnahmen sinken. Wir stellen uns darauf ein, dass unsere Ziele auch in
1295 den kommenden Jahren nur schrittweise umzusetzen sind.

1296 **Schädliche Subventionen abbauen**

1297 Wir werden die Schuldenbremse einhalten und den Landeshaushalt spätestens ab dem
1298 Jahr 2020 ohne neue Schulden planen

1299 Wir wollen die Finanzpolitik stärker an ökologischen Kriterien wie Ressourcenschutz
1300 oder Vermeidung von CO₂-Emissionen orientieren. Um insbesondere ökologisch
1301 schädliche Subventionen abzubauen, haben wir einen Subventionsbericht auf den Weg
1302 gebracht. Eine transparente und regelmäßige Berichterstattung soll es uns
1303 ermöglichen, die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung und der ökologischen
1304 Modernisierung notwendigen Schritte einzuleiten.

1305 **Steuergerechtigkeit herstellen, Steuerverwaltung personell stärken**

1306 Der Staat hat momentan kein Einnahmedefizit. Angesichts der hohen
 1307 Haushaltsüberschüsse geht es nicht darum, dass der Staat insgesamt mehr Geld
 1308 einnimmt. Wir sehen aber ein Gerechtigkeitsdefizit – und das in mehrfacher
 1309 Hinsicht: Finanzgewinne werden geringer besteuert als Arbeit. Die Armen werden
 1310 ärmer und die Reichen reicher. Aber auch die sehr Reichen gehören zur Gesellschaft
 1311 und müssen sich entsprechend an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Wir
 1312 werden uns deshalb im Bundesrat dafür einsetzen, Steuerhinterziehung stärker zu
 1313 bekämpfen, Steuerschlupflöcher konsequenter zu schließen und sehr hohe Vermögen,
 1314 Finanzgewinne und Erbschaften angemessen zu besteuern. Selbstverständlich legen wir
 1315 dabei besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Sicherung der
 1316 Innovationskraft von Unternehmen.

1317 Zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung gehört für uns auch, dass die Kompetenzen
 1318 der Europäischen Union und des Bundes, sowie die personellen Ressourcen gestärkt
 1319 werden. Für eine echte Stärkung der Kompetenzen auf dem europäischen Level muss ein
 1320 stärkerer Souveränitätstransfer in einigen Politikfeldern stattfinden. Ohne eine
 1321 effizient aufgestellte Steuerverwaltung werden wir Steuergerechtigkeit nicht
 1322 herstellen können. Als ersten Schritt schlagen wir vor, große international tätige
 1323 Unternehmen in die Steuerverantwortung des Bundes zu überführen.

1324 **Soli neu verteilen und Altschuldentilgungsfonds errichten**

1325 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die freien Mittel des Solidaritätszuschlags,
 1326 die der Bund aktuell nicht mehr zur Finanzierung der neuen Länder benötigt, nicht
 1327 dem Bundeshaushalt zufließen, sondern allen Bundesländern und den Kommunen für die
 1328 Finanzierung von Zukunftsaufgaben, insbesondere im Bildungsbereich, zur Verfügung
 1329 stehen. Gleichzeitig müssen Länder und Kommunen in die Lage versetzt werden, die
 1330 Last der Altschulden zu bewältigen. Für uns GRÜNE ist dafür ein
 1331 Altschuldentilgungsfonds die beste Lösung. Hier sehen wir den Bund in der Pflicht,
 1332 entsprechende Mittel bereitzustellen – z.B. durch Verlängerung oder Neuauflage
 1333 eines zweckgebundenen, befristeten Solidaritätszuschlages.

1334 **Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen für die Integration**

1335 Die humanitäre Aufgabe der Aufnahme von Geflüchteten, einschließlich der dafür
 1336 notwendigen Integrationsarbeit, erfordert eine finanzielle
 1337 Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen. Wer heute nicht in
 1338 Integration investiert, ist für hohe soziale Folgekosten verantwortlich. Wir werden
 1339 uns dafür einsetzen, dass für die Integration der Geflüchteten ausreichend Mittel
 1340 zur Verfügung gestellt werden und unseren Beitrag dazu leisten.

1341 **Mehr Personal für Bildung und öffentliche Sicherheit**

1342 Grundlage der Konsolidierungspolitik des Landes ist der im Jahr 2010 beschlossene
 1343 Personalabbaupfad. In dieser Legislaturperiode haben wir in etwa so viele Stellen
 1344 auf- wie abgebaut, um den Bedarf in Schulen, bei Polizei und Justiz sowie der
 1345 Versorgung von Geflüchteten zu bewältigen. Für die nächste Legislaturperiode ist es
 1346 unser Ziel, eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung in den Schulen sicher zu
 1347 stellen, die Kitabeiträge weiter zu reduzieren, mehr Polizisten einzustellen und
 1348 auch den Bereich der öffentlichen Sicherheit zu stärken.

1349 **Haushaltsüberschüsse für Tilgung und Infrastruktur**

1350 Wir werden weiterhin Haushaltsüberschüsse nutzen, um in unsere Infrastruktur zu
1351 investieren und Altschulden abzubauen. Eine 50:50-Aufteilung in Schuldenabbau und
1352 Investitionen ist für uns die Leitlinie.

1353 Wir werden die begonnene Sanierung unserer Infrastruktur fortsetzen. Das schlüssige
1354 Gesamtkonzept der Landesregierung, welches weit über die Legislaturperiode
1355 hinausgeht, ist eine gute Grundlage, um den Sanierungsstau des Landes planbar und
1356 verlässlich abzubauen. Es gilt, das Infrastruktursanierungsprogramm IMPULS zu
1357 nutzen, um Krankenhäuser, Hochschulen und Straßen zu sanieren, Energiesparmaßnahmen
1358 in den landeseigenen Liegenschaften umzusetzen und unser Land auf das neue digitale
1359 Zeitalter vorzubereiten.

1360 **Fair mit unseren Kommunen umgehen**

1361 Wir werden unsere Kommunen fair behandeln. Bei neuen Herausforderungen sind
1362 gemeinsam und dialogorientiert Lösungen zu suchen. Ob U3-Betreuung (Kinder unter
1363 drei Jahren), Schulsozialarbeit, Stärkung kommunaler Infrastruktur, kommunaler
1364 Finanzausgleich oder Grunderwerbssteuer: Mit unseren Beschlüssen haben wir
1365 kommunale Finanzen und Daseinsvorsorge gestärkt und gerechter gemacht.
1366 Wir werden gemeinsam mit den Kommunen darüber beraten wie hoch verschuldete
1367 Kommunen auf dem Weg der Haushaltskonsolidierungen auch nach dem Auslaufen des
1368 bisherigen Konsolidierungshilfe weiter finanziell unterstützt werden können

1369 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.141: LTW-Programm - GERECHT](#)**

1370 Wir werden unsere Kommunen fair behandeln. Bei neuen Herausforderungen sind
1371 gemeinsam und dialogorientiert Lösungen zu suchen. Ob U3-Betreuung (Kinder unter
1372 drei Jahren), Schulsozialarbeit, Stärkung kommunaler Infrastruktur, kommunaler
1373 Finanzausgleich oder Grunderwerbssteuer: Mit unseren Beschlüssen haben wir
1374 kommunale Finanzen und Daseinsvorsorge gestärkt und gerechter gemacht.

1375

1376 **Sparkassen fit für die Zukunft machen**

1377 Am Finanzmarkt werden regionale Akteure benötigt, die anders wirtschaften als die
1378 globalen Investmentbanken und dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Insbesondere die
1379 Sparkassen zeichnen sich durch ihre regionale Struktur und die direkte Beratung
1380 aus. Dieses Modell wollen wir erhalten. Wir sind uns gleichzeitig bewusst, dass die
1381 Sparkassen in Zeiten der Niedrigzinsphase vor Herausforderungen wie Digitalisierung
1382 und erhöhten Eigenkapitalanforderungen stehen.

1383

1384 Wir werden die Sparkassen darin unterstützen, ihren öffentlichen Auftrag ins
1385 Zentrum ihrer Arbeit zu rücken. Dazu gehören eine ausreichende Versorgung aller
1386 Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, und der
1387 öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der
1388 Fläche ebenso wie ein Beratungsangebot für private Anleger*innen bei nachhaltigen
1389 Finanzprodukten. Wir wollen das Ziel des nachhaltigen Wirtschaftens stärken und
1390 gemeinsam mit den Sparkassen geeignete Instrumente entwickeln, wie zum Beispiel
1391 Nachhaltigkeitsberichte und eine Verankerung dieses Ziels im Sparkassengesetz.

1392 **Schwere Erblast HSH Nordbank**

1393 Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH Nordbank 2018 zu
1394 verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen. Damit wird der Schlusstrich
1395 gezogen. Es ist schwer erträglich, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten
1396 Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen.

1397

1398 Was eine Familie für ihren Hauskredit nicht erwarten kann, werden wir auch großen
 1399 Kreditnehmer*innen in Zukunft nicht mehr zugestehen: Wir werden weiteren
 1400 Kreditnachlässen der HSH Nordbank bzw. der "Bad-Bank" oder "Restructuring Unit" auf
 1401 Kosten der Steuerzahler*innen keine Zustimmung erteilen.

1402 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.97: LTW-Programm - GERECHT](#)**

1403 Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH Nordbank 2018 zu
 1404 verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen. Damit wird der Schlusstrich
 1405 gezogen. Es ist schwer erträglich, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten
 1406 Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen.

1407

1408 Wir wissen, dass Personalabbau und die Schwächung des Kieler Standorts aus den
 1409 Umstrukturierungen der Bank folgen. Soweit es möglich ist, setzen wir uns für
 1410 schonende Lösungen für die Beschäftigten und die Landeshauptstadt ein.

1411 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.103: LTW-Programm - GERECHT](#)**

1412 Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH Nordbank 2018 zu
 1413 verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen. Damit wird der Schlusstrich
 1414 gezogen. Es ist schwer erträglich, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten
 1415 Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen.

1416

1417 Was eine Familie für ihren Hauskredit nicht erwarten kann, möchten wir auch großen
 1418 Kreditnehmer*innen in Zukunft nicht mehr zugestehen: Wir werden prüfen, ob und
 1419 falls ja wie wir statt weiteren Kreditnachlässen in Höhe mehrerer hunderter
 1420 Millionen Euro der HSH Nordbank bzw. der "Bad-Bank" oder "Restructuring Unit" auf
 1421 Kosten der Steuerzahler*innen andere Lösungen finden. Ein solcher Weg kann das
 1422 „Pay-as-you-earn-Prinzip“ sein, wonach der Kredit zwar nicht anteilig erlassen
 1423 wird, aber Zins und Tilgung den finanziellen Möglichkeiten der Kreditnehmer*in
 1424 angepasst werden.

1425

1426 Damit auch dieses Instrument sicher nur in den Ausnahmefällen angewendet wird, bei
 1427 denen es absolut notwendig ist, erheben wir bei Beträgen über 1 Mio. Euro den
 1428 Anspruch, dass drei von drei beauftragten und auch nach den Rating-Skandalen
 1429 weiterhin anerkannten Fachgutachtern unabhängig voneinander die Notwendigkeit
 1430 dieses Entgegenkommens auf Kosten der Steuerzahler*innen bestätigen.

1431 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.17: LTW-Programm - GERECHT](#)**

1432 Auch wenn es schwer erträglich ist, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten
 1433 Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen, können wir uns dieser Erblast
 1434 nicht entziehen. Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH
 1435 Nordbank 2018 zu verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen und damit einen
 1436 Schlusstrich ziehen.

1437 **Versorgungsfonds für Beamtenpensionen aufbauen**

1438 Schleswig-Holstein hat neben rund 27 Milliarden Euro Schulden noch
 1439 Pensionsverpflichtungen in Höhe von rund 30 Milliarden Euro. Daher ist es
 1440 notwendig, Vorsorge zu treffen. Wir werden den von der Küstenkoalition
 1441 eingeführten, aktuell umzusetzenden Versorgungsfonds für die Beamtenvorsorge
 1442 aufbauen und nachhaltig mit einer werterhaltenden Anlagestrategie ausgestalten.

1443 **Divestment – keine Investition in fossile Energien**

1444 In der vergangenen Legislatur hat sich die Landesregierung auf den Weg gemacht, bei
1445 der Anlage von Geld eine Divestment-Strategie (das Gegenteil einer Investition) zu
1446 verfolgen. Es werden keine Gelder mehr in Anlagen fossiler Energien angelegt. Diese
1447 Strategie werden wir für den neuen Versorgungsfonds des Landes beibehalten. Alle
1448 Geldanlagen müssen fest definierten sozialen und ökologischen Kriterien genügen und
1449 einer guten Unternehmensführung entsprechen. Investitionen in Unternehmen, deren
1450 Geschäftsmodell auf dem Abbau oder der Energieerzeugung mit nuklearen oder fossilen
1451 Energieträgern (inklusive Erdgas-Fracking) beruht, werden ausgeschlossen. Auch bei
1452 Beteiligungen und Stiftungen muss das Land seinen Einfluss entsprechend geltend
1453 machen.

1454 **Haushaltsklarheit und Transparenz muss sein**

1455 Wir GRÜNE setzen uns für Transparenz im Landeshaushalt ein. Der Haushalt soll für
1456 alle nachvollziehbar sein und zukünftige Belastungen wie Investitionsanforderungen
1457 so gut wie möglich abbilden. Dazu haben wir mit bedienungsfreundlichen, lesbaren
1458 Textdokumenten im Internet oder auch mit unserem Infrastrukturbericht erste
1459 Schritte in Form und Inhalt unternommen. Mittelfristig sollen alle Haushaltsdaten
1460 als offene, maschinenlesbare Daten zur Verfügung stehen.

1461 Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie mit einer Umstellung auf doppische
1462 Haushaltsführung (doppelte Buchführung, ermöglicht Gewinn- und Verlustrechnung)
1463 ohne hohe Umstellungskosten mehr Haushaltsklarheit gelingen kann. Ziel ist es,
1464 direkt im Haushalt Investitionsanforderungen, Pensionslasten oder Verschleiß
1465 transparent aufzuzeigen.

1466 **ÖPP – aber nur in engen Grenzen**

1467 Jede ÖPP-Maßnahme (Öffentlich-Private-Partnerschaft, Zusammenarbeit zwischen
1468 öffentlicher Hand und privaten Unternehmen) muss auf ihre Folgekosten überprüft und
1469 die Kosten müssen in die Finanzplanung aufgenommen werden. In der Finanzplanung ist
1470 die finanzielle Verpflichtung aller ÖPP-Projekte transparent darzustellen und zu
1471 prüfen, ob ÖPP die mittel- wie langfristig beste und kostengünstigste Variante ist.
1472 Unser Ziel ist es, die Menge an ÖPP-Projekten möglichst gering zu halten. In der
1473 Landesverfassung soll verankert werden, dass die Gesamtverpflichtung aus ÖPP-
1474 Projekten nicht höher sein darf als fünf Prozent der jeweiligen Gesamtausgaben im
1475 Landeshaushalt. Voraussetzung für jedes einzelne ÖPP-Projekt ist eine wirksame
1476 parlamentarische Kontrolle und eine transparente öffentliche Darstellung von Anfang
1477 an und über die gesamte Dauer des Projekts. Diese beinhaltet die Zustimmung des
1478 Parlaments in der Sache und bei gravierenden Änderungen.

1479 **Finanzen@Digitales**

1480 Wir wollen den Einsatz von Finanzmitteln zukünftig stärker an der Herausforderung
1481 der Digitalisierung orientieren. Dies betrifft sowohl die Landesverwaltung, als
1482 auch die Bewilligung von Förderprojekten. Unser Vorhaben: das Antragsverfahren so
1483 zu gestalten, dass die Digitalisierung zu Effizienzeffekten und Entbürokratisierung
1484 führt. Davon profitieren auch die Wirtschaft und die Fördergeldempfänger des
1485 Landes. Entsprechend den Transparenzbestrebungen für das Verwaltungshandeln wird
1486 auch das Finanzhandeln des Landes transparent gemacht. Bürger*innen sollen sich
1487 jederzeit im Internet über Finanztransaktionen, Gehälter von Führungskräften des
1488 Landes etc. informieren können.

1489 **Auf den Punkt**

- 1490 • *Wir werden* die Schuldenbremse einhalten und die Haushaltskonsolidierung
1491 fortsetzen,
- 1492 • vorrangig in Bildung und Klimaschutz investieren,
- 1493 • ausreichend Personal für Schule, Justiz und Polizei beschäftigen,
- 1494 • die Kommunen fair behandeln,
- 1495 • Haushaltsmittel nachhaltig anlegen (Divestment-Strategie),
- 1496 • die Digitalisierung in der Finanzverwaltung weiter ausbauen.